

**JUSO-WETTBEWERB 2006**

**ANGEPASST  
SIND ANDERE!**

WETTBEWERB ZUR  
GRUNDSATZDEBATTE

*„LEITBILD SOZIALER STAAT“*

**REFORMPOLITISCHE  
ORIENTIERUNGEN  
FÜR STAAT UND GESELLSCHAFT**

**- Ein Positionspapier der JUSOS  
Mülheim an der Ruhr -**

## **Inhalt**

<b>1. Chancen der Erneuerung – Bewahrung des sozialen Zusammenhalts - Einleitung -</b>	<b>2</b>
<b>2. Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert - Policy Felder -</b>	<b>6</b>
2.1 Arbeitsmarktpolitik	7
2.2 Gesundheits-/Pflegepolitik	11
2.3 Finanz-, Steuer- und Rentenpolitik	18
2.4 Kinder-, Jugend und Familienpolitik	20
2.5 Bildungspolitik	23
2.6 Integrationspolitik und Bürgerschaftliches Engagement	30
<b>3. „Jede Zeit braucht eigene Antworten“ - Fazit -</b>	<b>35</b>

## 1. Chancen der Erneuerung – Bewahrung des sozialen Zusammenhalts - Einleitung -

**„Gerade wer das Bewahrenswerte bewahren will,  
muss verändern, was der Erneuerung bedarf.“  
(Willy Brandt)**

Wir erleben in den vergangenen Wochen die Wiederkehr einer Diskussion in Politik, Medien und Gesellschaft, die zurecht begonnen wurde und nicht derart tabuisiert werden darf, wie es viele Verantwortliche in der Bundesrepublik in der Vergangenheit mit den Themen „Armut“, „Gerechtigkeit“, „Ausgrenzung“ und „sozialer Spaltung“ getan haben. Die Debatte über soziale Gerechtigkeit ist zeitgleich in der SPD entflammt und wird nun intensiv in Verbindung mit dem Stichwort ‚Klassengesellschaft‘ thematisiert – und das ist auch gut so!

Wenn der Fokus auf die Gesellschaft gerichtet ist, werden Probleme und Misere deutlich, die eine tiefgehende Analyse und anschließendes Handeln notwendig machen. Es sind die **‚Pathologien des Sozialen‘**, die dann zum Vorschein treten und nicht wegdiskutiert werden können – es kumulieren sich soziale Probleme, angefangen von Arbeitslosigkeit, Armut über Bildungsdefizite bis hin zu Integrationsproblemen. Der Diskussion muss sich von Seiten der Politik gestellt werden – ein primitives Wegducken ist inakzeptabel!

Was in der aktuellen Boulevard-Diskussion als **‚Neue gesellschaftliche Unterschicht‘** titulierte wird, kann konkret – sozialwissenschaftlich formuliert – als **‚soziale Exklusion‘** bezeichnet werden. Exklusion, sprich Ausgrenzung, von Bildung, von Arbeit, von Einkommen, eingebunden in krasse soziale Schieflagen.

Die Gesellschaft spaltet sich in Arm und Reich, in Gewinner und Verlierer (Rentner, Erwerbslose, Sozialhilfebezieher, Ausländer, Familien von Geringverdienern, Kranke und Behinderte). Es kristallisieren sich immer stärker so genannte **‚Modernisierungsverlierer‘** heraus, Menschen also, die durch die an Durchlässigkeit verlorene Gesellschaft keinerlei Hoffnung mehr haben, den Aufstieg zu schaffen. Sie gehören zu einem wachsenden Teil unserer Gesellschaft, die den

*„Anspruch aufgegeben hat, ein Leben in eigener Regie zu führen. Es handelt sich um ‚gebrochene Existenzen‘, an denen Aufforderungen zur Weiterbildung und Zumutungen von Eigenverantwortung abprallen... Definierend für diese Gruppe ist ein verfestigtes Exklusionsempfinden, das sich in dem Gefühl ausdrückt, dass es auf den Einzelnen nicht mehr ankommt.“ (Heinz Bude)*

Dass allerdings ein ansteigender Teil der Gesellschaft für sich keine Aufstiegschancen mehr sieht, führt zu wachsenden Existenzängsten und einer Zunahme feindseliger Mentalitäten. Zusammengefasst bilden Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit einen günstigen Nährboden für Extremismus.

Immer weniger Menschen erleben, dass Arbeitsleistung sozialen Aufstieg ermöglicht. Sie fühlen sich nicht nur verloren – es lässt sich in der Tat diese wachsende Gruppe identifizieren, die den Anschluss an den Mainstream der Gesellschaft verliert:

*„Die Leute, die man in den Billigmärkten für Lebensmittel trifft wirken abgekämpft vom täglichen Überlebenskampf, ohne Kraft, sich umeinander zu kümmern oder aufeinander zu achten, und lassen gleichwohl kein Anzeichen von Beschwerdeführung oder Aufbegehren erkennen. Die Jugendlichen hängen rum und träumen vom schnellen Geld in der Drogenökonomie, die Männer mittleren Alters haben sich in die Häuser und Wohnungen zurückgezogen, und die Frauen mit den kleinen Kindern sehen mit Mitte zwanzig schon so aus, als hätten sie vom Leben nicht mehr zu erwarten.“ (Heinz Bude/Andreas Willisch)*

**Armut** ist daher ein Problem, das auch in einem Industrie- und Wohlstandsland wie Deutschland vorherrschend ist. Armut und Ausgrenzung sind durchaus keine Randphänomene! Armut ist dabei nicht nur physischer Mangel. Armut bedeutet nicht nur Unter- und Fehlernährung, niedrige Lebenserwartung, hohe Kindersterblichkeit und geringer Bildungsstandard. Armut ist auch der Ausschluss aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben, die fehlende Beteiligung der Armen an den Entscheidungen, die sie betreffen, und letztlich die mangelnde Möglichkeit einer eigenverantwortlichen Lebensgestaltung. In diesem Sinne kann Armut zu Resignation und Hoffnungslosigkeit führen. Armut reduziert die Bildungschancen, führt zu sozialer Isolation, psychischen Spannungen, Abbau des Selbstbewusstseins und Schamgefühlen. Armut ist daher menschenunwürdig.

*„Wenn die Menschen von Natur gleich sind, dann können die sozialen Ungleichheiten nicht natur- oder gottgegeben sein; wenn sie dies aber nicht sind dann unterliegen sie dem Wandel, dann können die Privilegierten von heute die Ausgestoßenen von morgen sein, dann lassen sich vielleicht sogar alle Ungleichheiten beseitigen...Es führt ein gerader Weg von solchen Überlegungen zu den Sätzen der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789: Die Menschen sind frei und in ihren Rechten gleich geboren. Die sozialen Unterschiede können nur auf dem allgemeinen Nutzen beruhen.; Geistesgeschichtlich aber bedeutet derselbe Prozess, dass die Frage nach dem Ursprung der Ungleichheit nunmehr neu und anders, nämlich soziologisch gestellt wurde: Wenn die Menschen von Natur gleichrangig sind, - woher stammt dann die Ungleichheit im sozialen Bereich? Wenn alle Menschen frei und gleich an Rechten geboren sind, - wie ist es dann zu erklären, dass die einen reich, die anderen arm, die einen angesehen, die anderen unbeachtet, die einen mächtig und die anderen untergeordnet sind?“ (Ralf Dahrendorf)*

Laut Armutsbericht der Bundesregierung besitzt die untere Hälfte der bundesdeutschen Haushalte nur etwa 4% des gesamten Privatvermögens. Demgegenüber entfallen auf die obersten zehn Prozent knapp 47% des Kuchens. Die Schere zwischen Arm und Reich bewegt sich auseinander - Reichtum geht mit zunehmender Armut in der Gesellschaft einher. Während es einerseits deutschlandweit über 13.000 Einkommensmillionäre gibt, müssen andererseits in vielen Städten Deutschlands mehr als  $\frac{1}{4}$  aller Kinder unter 15 Jahren (Bsp. Görlitz: 42,2%, Gelsenkirchen: 32,4%, Bochum, Essen, Dortmund: 27%) mit 207 Euro pro Monat auskommen. Überdies stellt der Armutsbericht klar, dass 8 – 10% der Bevölkerung in *verfestigter Armut* leben, das heißt in einem Zeitfenster von drei Jahren nicht aus dem Armutsbereich herausfinden.

Armut führt immer zu Benachteiligungen und steuert Menschen in einen Teufelskreis aus sozialer Exklusion und lethargisch machender Resignation. Menschen in Armut erleben, wie Enttäuschungen größer werden - Perspektiven für sie sind nicht in Sicht, die Spaltung in wachsende Armut und vermehrtem Reichtum wird indes größer:

*„Das alte Proletariat und die alte Bourgeoisie sind verschwunden. An ihre Stelle trat eine manchmal so bezeichnete 'nivellierte Mittelstandsgesellschaft', an deren einem Ende sich allerdings eine bedeutende Elite der Superreichen befindet und am anderen eine Unterschicht. Die Gesellschaftsstruktur an sich ist instabil geworden.“ (Ralf Dahrendorf)*

Es ist in Wahrheit skandalös, dass unsere Gesellschaft in ‚Oben‘ und ‚Unten‘ geteilt ist! Diese Spaltung kann mit sozialdemokratischer Politik konkret angegangen werden – sonst droht eine Negativspirale nach unten und bedroht damit den sozialen Frieden.

Kurzum entstehen durch Armut und Ausgrenzung gesellschaftliche ‚Schichten‘. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung („*Gesellschaft im Reformprozess*“) bezeichnet die Personengruppe, mit dem schlechtesten gesellschaftlichen Status als **„Abgehängtes Prekariat“**. Sie kennzeichnet geringste berufliche Sicherheit, finanzielle Unsicherheit, starke Zukunftssorgen und sie fühlen sich gesellschaftlich desorientiert und im Abseits befindlich.

*„Prekarität hat bei dem, der sie erleidet, tiefgreifende Auswirkungen. Indem sie die Zukunft überhaupt im Ungewissen lässt, verwehrt sie den Betroffenen gleichzeitig jede rationale Vorwegnahme der Zukunft und vor*

*allem jenes Mindestmaß an Hoffnung und Glauben an die Zukunft, das für eine vor allem kollektive Auflehnung gegen eine noch so unerträgliche Gegenwart notwendig ist“ (Pierre Bourdieu)*

Dass zu dieser Gruppe laut Studie 8% der Bevölkerung<sup>1</sup> zugehören und in einer solchen Perspektivlosigkeit ihr Dasein fristen, ist aus Sicht der JUSOS Mülheim nicht hinnehmbar.

Dass einiges bei uns in Deutschland im Argen liegt, zeigt zudem eine aktuelle Vergleichsstudie („*Wie sozial ist Europa?*“) der Hans-Böckler-Stiftung zur sozialen Lage in der EU. Hier liegt Deutschland auf Platz 21 von 24. Dabei gibt Deutschland 30,2% seines BIP für den Sozialschutz aus und liegt damit auf Platz 4 im EU-Europa und gibt damit fast so viel Geld für soziale Ziele aus wie die erfolgreichsten Länder Dänemark und Schweden. Es wurde schlechtweg von der Politik zugelassen, dass staatliche Zuschüsse zu einer gesellschaftlich anerkannten Lebensform werden, die den individuellen Aufstiegswillen verhindern!! Neoliberale Kritiker fordern daher die Rückführung des Sozialstaates: Sie glauben, mit dem ‚Schlanken Staat‘ alle gesellschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen. **Weniger Sozialstaat bedeutet aber nicht mehr Freiheit, sondern größere Ungleichheit, mehr soziale Ungerechtigkeit und wachsende Unzufriedenheit.** Der Staat muss hingegen den Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und gleichzeitig das Solidarprinzip in unserer Gesellschaft stärken.

Wir müssen die Chancen der Erneuerung nutzen und dabei den sozialen Zusammenhalt bewahren. Es stellen sich daher drei Fragen:

- ⇒ ***Wie kann in Zeiten ökonomischer Knappheit unser Staat noch sozial reformiert und organisiert werden?***
- ⇒ ***Wie muss der Staat wirken, damit er sozial genannt werden kann?***
- ⇒ ***Was muss ein Staat leisten damit er ein sozialer Staat ist?***

Ein sozialer Staat lässt sich aus unserer Sicht nur mit der Beibehaltung der sozialdemokratischen Grundwerte und Prinzipien realisieren: nämlich der sozialen Gerechtigkeit, der Freiheit, der Gleichheit, dem demokratischen Zusammenhalt und der Solidarität.

Das Ziel ist stets die Reformierung der Gesellschaft in allen verschiedenen Politikfeldern mit der gleichzeitigen Gestaltung einer sozialen Zukunft. ***Dabei ist der Sozialstaat für uns unabkömmlich, die damit verbundene soziale Gerechtigkeit unser tagtäglicher Handlungsleitfaden.*** Für die JUSOS bedeutet soziale Gerechtigkeit ein Leitbild unserer Gemeinschaft, in der die Verteilung der gesellschaftlichen Grundgüter den dominierenden ethisch-moralischen Grundsätzen dieser Gemeinschaft gleichkommt, den Abbau von sozialer Ungleichheit durch Gewährleistung umfassender Partizipation mit dem Ziel gesellschaftlicher Integration und Gemeinschaftsbildung beinhaltet und ferner eine angemessene Berücksichtigung aller Interessen stattfindet. Soziale Gerechtigkeit schließt nicht nur die Verteilungsgerechtigkeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik mit dem Gewähren von Sozialleistungen an Bürger und mit wirtschaftlicher Umverteilung u. a. über die Steuer- und Abgabepolitik oder der gerechten Verteilung der gesellschaftlich verfügbaren Arbeit ein, sondern auch z.B. die Dimensionen der Armutsvermeidung, der sozialen Bildungschancen und der Chancengleichheit zwischen den sozialen Schichten, der sozialen Sicherung und der Verringerung der Vermögens- und Einkommensspreizung.

---

<sup>1</sup> Es wurde nur die wahlberechtigte Bevölkerung berücksichtigt. Hätte die Studie auch Jugendliche oder Personen mit Migrationshintergrund befragt, wäre die Zahl gewiss höher

*„Wenn jetzt der Sozialstaat umgebaut werden muss, müssen alle mitmachen – nicht nur einzelne Gruppen. Derzeit haben aber viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland – unabhängig ob arbeitslos, berufstätig, Jugendliche oder Rentner – das Gefühl, Gerechtigkeit nicht erkennen zu können. Das schadet dem sozialen Zusammenhalt und behindert den Umbau unserer Sozialsysteme.“ (Uwe Hück)*

Über den Sozialstaat an sich ist mit uns JUSOS nicht zu diskutieren. Der Sozialstaat ist eine Errungenschaft, den gerade die Arbeiterbewegung und die SPD erkämpft haben. Er schützt Menschen in sozialen Notlagen und erhebt den Abbau ungleicher Teilnahmechancen am gesellschaftlichen und politischen Leben zum Ziel. In vielen Punkten lassen sich aber auch Ansätze der Reformbedürftigkeit des jetzigen Sozialstaates erkennen und erörtern. Durch Mängel an seiner Wirksamkeit und vieler Nebenwirkungen sozialstaatlicher Aktivitäten ist er weniger handlungsfähig geworden.

**Wir benötigen aber einen aktiven sozialen Staat.** Er bedarf der Erneuerung, bei ständiger Beachtung und Erhaltung des sozialen Zusammenhalts. Menschen müssen in Freiheit von Not leben können, ihre Bedürfnisse befriedigen und ihre Lebenspläne verwirklichen können. Dazu muss nicht nur eine demokratische und soziale Ordnung vorherrschen, Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, es bedarf auch der Bereitstellung von Teilhabe- und Verwirklichungschancen. Erst dann handelt es sich um einen gerechten und zugleich sozialen Staat.

Dieses **„Leitbild sozialer Staat“**, das die Mülheimer JUSOS mit reformpolitischen Orientierungen in verschiedenen policies in den folgenden Kapiteln aufzeigen, soll einerseits die Diskussion über die Zukunftsfragen der Gesellschaft vorantreiben und andererseits die Programm-/Grundsatzdebatte der SPD bereichern und unsere eigenen Impulse miteinbringen.

## 2. Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert - Policy Felder -

Was macht die soziale Demokratie im 21. Jahrhundert aus? Für uns JUSOS ist die Antwort eindeutig: Der **Sozialstaatsgedanke**.

Dazu gehört, dass eine gerechte Teilhabe der Bürger an den Gütern der Gemeinschaft angestrebt wird und die Folgen dieses Staatsverständnisses der Schutz der Menschenwürde, Ehe und Familie und die Sozialbindung des Eigentums sind. Soziale Demokratie als Maßstab der Politik zu achten und umzusetzen heißt somit gleichzeitig den Kernbereich des Sozialstaates zu erhalten. Aus unserer Sicht ist der Sozialstaat nämlich nicht nur ein Kostenfaktor. Er ist eine „Produktivkraft, deswegen darf man ihn nicht aushungern“ (Dierk Hirschel). Für uns hat er auch eine konjunktur- und beschäftigungspolitische Verantwortung.

Bei allen Reformanstrengungen und politischen Beschlüssen muss der Wandel sozial gestaltet werden. Der Bürger hat das Recht, sich auf das ‚**Prinzip soziale Gerechtigkeit**‘ verlassen zu können – soziale Sicherheit und Balance darf dabei nicht unter die Räder der Reformen kommen.

Dieses Prinzip durchdringt aus Sicht der Mülheimer JUSOS die Arbeitsmarkt- (→Kapitel 2.1), Gesundheits-/Pflege- (→Kapitel 2.2), Finanz-, Steuer- und Renten- (→Kapitel 2.3), Kinder-, Jugend- und Familien- (→Kapitel 2.4), Bildungs- (→Kapitel 2.5) und Integrationspolitik (→Kapitel 2.6). Für die JUSOS ist dabei die **Gewährleistung von sozialer Gerechtigkeit die Grundnorm jeglicher Staatstätigkeit**.

In all diesen policies sind für die Mülheimer JUSOS die drei Leitfragen ganz zentral: **Wie muss der Staat wirken, damit er sozial genannt werden kann? Was muss ein Staat leisten damit er ein sozialer Staat ist? Wie kann in Zeiten ökonomischer Knappheit unser Staat noch sozial reformiert und organisiert werden?**

Das neue SPD-Grundsatzprogramm erfordert eine klare und transparente Beantwortung dieser Fragen, bei Beachtung der sozialdemokratischen Schwerpunkte und Prinzipien **Freiheit, sozialer Gerechtigkeit** und **Solidarität**. Für jeden muss sich verständlich und klar herauskristallisieren: Die **Gerechtigkeitspartei in Deutschland ist die SPD**. Der Herausforderung, dies in eigenen Ansätzen, Standpunkten und Positionen niederzuschreiben, stellen sich die JUSOS Mülheim an der Ruhr mit diesem vorliegenden Positionspapier.

## 2.1 ARBEITSMARKTPOLITIK

### Arbeitslosenversicherung

Im Rahmen der Einführung des Arbeitslosengeldes II und nachträglichen Veränderungen wurde ein Regelsatz von 345 Euro festgelegt. Die Festlegung dieses Regelsatzes erfolgte mehr oder weniger undurchsichtig und willkürlich. Die letzte Bedarfsüberprüfung fand im Jahr 1989 – also noch vor der Wiedervereinigung und der Einführung des Euros statt. Seitdem werden die Regelsätze nur noch gedeckelt und willkürlich angeglichen, z.B. durch eine Kopplung an die Rentenentwicklung oder an die durchschnittliche Preisentwicklung, die stark von der Entwicklung der Lebenshaltungskosten im unteren Einkommensbereich abweicht. Die Möglichkeit, das Arbeitslosengeld durch zusätzliche gering bezahlte Arbeit, sogenannte ‚1-Euro-Jobs‘, aufzustocken wird prinzipiell begrüßt. Wir halten eine Vergütung in Höhe von zwei Euro für angemessener als einen Euro pro Stunde. Auch sollte diese Art von Arbeit keine pauschal festgelegte zeitliche Begrenzung erfahren, um ‚Drehtür-Effekte‘ zu vermeiden. Wir fordern des Weiteren, die so genannten „1-Euro-Jobs“ in „**Gemeinnützige Arbeitsstellen**“ umzubenennen. Empfänger des Arbeitslosengeldes müssen die Möglichkeit haben am gesellschaftlichen und kulturellen sozialen Leben teilhaben zu können. Die **Arbeitslosigkeit darf keine gesellschaftliche Endstation, sondern als ‚Haltestelle der Chance‘** verwandelt werden.

### Hartz

Die **Verschärfungen bei Hartz IV lehnen wir ab**. Auch junge Menschen haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Dazu gehört, dass sie in einer von ihren Eltern getrennten Wohnung leben dürfen. Es ist inkonsequent, von Jugendlichen immer mehr Flexibilität zu verlangen – einschließlich der Bereitschaft, den Wohnort zu wechseln –, auf der anderen Seite aber zu erwarten, dass sie bei ihren Eltern zu wohnen haben. Die Zumutbarkeitsgrenze ist hier definitiv erreicht.

Auch das geplante Rückgriffsrecht auf die Eltern bei Arbeitslosen unter 25 lehnen wir ab. Das Rückgriffsrecht stärkt nicht die Solidargemeinschaft Familie, sondern schwächt sie. Eltern sollen ganz offensichtlich noch mehr belastet werden. Auch hier gilt: **Menschen haben ein Recht, ihr Leben selbst zu gestalten**. Dazu gehört, dass sie ihren Beruf frei wählen können. Es kann nicht sein, dass es von den Eltern und ihrer Zahlungsbereitschaft abhängt, was ein Mensch für einen Beruf ergreifen kann. Denn künftig werden Eltern bei der Berufswahl ihres Kindes vermehrt auf die Arbeitsmarktchancen achten müssen, wenn sie nicht für ihr Kind später zahlen wollen. Es entscheiden nicht mehr die Neigungen eines Menschen, sondern der Geldbeutel seiner Eltern. Völlig abstrus ist der Vorschlag, dass nichteheliche Lebensgemeinschaften künftig im Falle einer Trennung vor dem Arbeitsamt belegen müssen, dass es zu der Trennung gekommen ist.

In der gegenwärtigen Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation ist der Einstieg ins Erwerbsleben für viele Jugendliche schwierig. Sie bedürfen daher der Unterstützung und Förderung. Im Zuge der Hartz IV-Gesetzgebung sollten stärker die Interessen junger Menschen berücksichtigt werden und für alle erwerbslosen Jugendlichen Clearing, Beratung, Vermittlung und Betreuung aus einer Hand zu ermöglichen. **Der soziale Staat darf an dieser Stelle nicht aussterben**.

An den Hartz Gesetzen befürworten wir die neue Transparenz: Früher waren viele Sozialhilfebezieher nicht in der Arbeitslosenstatistik erfasst. Heute beziehen diese Menschen Arbeitslosengeld II - und entsprechende Berichtssysteme zeigen uns das immerfort an. Das heißt, Arbeitslosigkeit und Armut sind transparenter geworden. Der Staat kann dann besser auf sie eingehen und ihnen Hilfe zur Selbsthilfe an die Hand geben.

### Ausbildung

Eine Reform des Berufsbildungssystems muss die Qualität der Ausbildung sichern, um endlich allen jungen Menschen eine Ausbildungsgarantie gewährleisten. Wir müssen die Unternehmen in die Verantwortung der Finanzierung und Bereitstellung der Ausbildungsplätze in die Verantwortung nehmen. Der von Bundesregierung und Wirtschaft 2004 geschlossene Ausbildungspakt sollte das Ziel haben einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage bei Lehrstellen zu erreichen. Dies ist nachweislich nicht erreicht worden!!

Wir fordern die Bundesregierung auf, nach dem **Scheitern des Ausbildungspaktes** gesetzgeberisch tätig zu werden und eine **„Ausbildungsplatzumlage“** umzusetzen, die Unternehmen zu Gute kommt, die überdurchschnittlich ausbilden.

Es kann nicht sein, dass die Öffentliche Hand den Großteil des Ausbildungsangebots zur Verfügung stellt. Es muss auch gewährleistet werden, dass **mindestens 7% der Angestellten in einem Betrieb Auszubildende** sein müssen. Die Vergütung für Auszubildende muss steigen, denn oftmals werden keine angemessenen Vergütungen gezahlt. In einigen Fällen kommt es einer Ausbeutung gleich. Der voranschreitenden Verantwortungslosigkeit der Unternehmen muss daher entgegengewirkt werden. Denn die Flucht aus dem bewährten dualen Ausbildungssystem stellt derzeit keine diskutable Alternative da. Infolge der dramatischen Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt sollen die finanziellen Mittel der BA zur Förderung der überbetrieblichen Ausbildung aufgestockt werden. Mit 650 Millionen Euro könnten zusätzlich 50 000 Jugendliche in Ausbildung gebracht werden. Denn die Jugendarbeitslosigkeit muss von uns ganz intensiv angegangen werden. Die fehlenden Ausbildungsplätze bedrohen den sozialen Frieden: Jeder Jugendliche, dem man keinen Ausbildungsplatz anbietet, macht die bittere und psychisch-belastende Erfahrung in unserer leistungsorientierten Arbeitswelt nicht mehr gebraucht zu werden.

Schon längst ist Jugendarbeitslosigkeit nicht nur ein deutsches Problem, sondern auch ein europäisches. Wir müssen weg von einer Standortpolitik, in der sich die europäischen Länder einen Wettbewerb nach unten liefern. Neue, moderne Überlegungen sollten diskutiert werden.

Eine mögliche Alternative ist zum Beispiel das **dänische Modell**. Dort gibt es einen Umlagefonds und aus diesem Fonds werden nicht nur zusätzliche Ausbildungsplätze in der Krise bezahlt, wie das heutige deutsche Modell das vorsieht, sondern alle Betriebe die ausbilden, bekommen eine Erstattung durch den Fonds und zwar genau für die Berufsschultage, also für die Tage an denen der Jugendliche nicht im Betrieb ist und auch nicht produktiv tätig ist. Wenn Ausbildungsplätze fehlen, dann springt der Fonds aktiv ein und finanziert zusätzliche Ausbildungsplätze. Er übernimmt darüber hinaus zusätzliche gesamtwirtschaftliche Aufgaben, zum Beispiel die Finanzierung von Auslandsaufenthalten von Auszubildenden, was in dem zusammenwachsenden Europa immer wichtiger wird.

Um den Dumping-Wettbewerb zu stoppen, muss es gemeinsame Mindeststandards von den Unternehmenssteuern hin zum Mindestlohn geben.

### Mindestlohn

Über 6 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland auf Niedriglohnniveau. Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in Vollzeitarbeit ist auf 32% gewachsen. Als Niedriglohn gelten

Löhne, die unter 75% des Durchschnittseinkommens liegen. Niedriglöhne verfestigen Armut in unserem Land und sind nicht nur ein Problem von Ungelernten. Über 60% der Beschäftigten im Niedriglohnsektor verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Niedriglöhne sind kein Einstieg in eine bessere Zukunft, sondern bedeuten meist ein Verharren in Armut. Dieser Ausverkauf von Arbeitsleistung sollte nicht akzeptiert werden. Jeder Mensch muss die Möglichkeit zur Teilhabe an einer sozial abgesicherten Erwerbsarbeit haben. **Mindestlöhne sollen garantieren, dass Menschen, die Vollzeit arbeiten, davon auch menschenwürdig leben können.**

Eine zweistufige Einführung des Mindestlohns ist unerlässlich.

1. Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz wird auf alle Wirtschaftsbereiche ausgeweitet, um hierdurch branchenbezogene Mindestlöhne auf tarifvertraglicher Basis zu ermöglichen, wie sie im Baugewerbe mit gutem Erfolg praktiziert werden. Mit der Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Branchen unterstützen wir die Tarifvertragsparteien bei der Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping durch entsandte Billigkräfte. Die Tarifvertragsparteien sind aufgefordert, bundeseinheitliche tarifliche Mindestlöhne in allen Branchen zu vereinbaren.
2. Darüber hinaus bedarf es eines **gesetzlichen Mindestlohnes für Branchen, in denen es keine Tarifverträge gibt oder existierende nicht bundesweit greifen**. Die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns sollte sich am Mindestlohniveau unserer westeuropäischen Nachbarländer orientieren und bei Vollzeitbeschäftigung eine eigenständige Existenzsicherung gewährleisten. Zur Festlegung des gesetzlichen Mindestlohns sollte im Einvernehmen mit den Tarifparteien eine **unabhängige Kommission** entsprechend der Low Pay Commission in Großbritannien eingesetzt werden. Die effektive Durchsetzung und Kontrolle des gesetzlichen Mindestlohns muss staatlich gewährleistet sein.

### **Mini-Jobs**

Mini-Jobs bieten Langzeitarbeitslosen die Möglichkeit eines Wiedereinstiegs in den Arbeitsalltag und vermitteln zudem ein soziales Werteverständnis. Dieser Grundgedanke sollte jedoch nicht zu einer Ausbeutung des Arbeitnehmers werden. Zum Teil staatliche geförderte Mini-Jobs könnten Chancen bieten, die Arbeitslosigkeit zu senken.

### **Kündigungsschutz**

Wir müssen die Zweiklassengesellschaft aus befristet und unbefristet eingestellten Arbeitnehmern, die in den Betrieben zunehmend entstanden ist, aufheben. Eine Lockerung des Kündigungsschutzes wird die Beschäftigungskrise auf dem Arbeitsmarkt nicht bewältigen. **Wir wollen keine Hire & Fire Mentalität!** Auch die Mehrheit von Deutschen, sowie die JUSOS stehen weiterhin zum Kündigungsschutz. Durch die Streichung der sachgrundlosen Befristung und der unverzichtbaren Schutzfunktion des Kündigungsschutzes werden Arbeitsverhältnisse nachhaltig gesichert und somit mehr Beschäftigung ermöglicht. Sicherheit am Arbeitsplatz bedeutet private Sicherheit, diese spiegelt sich zum Beispiel wider in der Familienplanung, dem Kinderwunsch, einem Eigenheim oder dem Autokauf. Wir fordern die Beibehaltung des bestehenden Kündigungsschutzes und regen einen Ausbau an. **Arbeit ist ein soziales „Gut“**, das wir schützen müssen.

### Mitbestimmung

Trotz globaler Wettbewerbssicherung müssen die Gewerkschaften und Betriebsräte soziale Entscheidungen treffen und ihre Position für den Arbeitnehmer durchsetzen. Das hart erkämpfte Recht auf Mitbestimmung lassen wir uns nicht nehmen. Das Unternehmen sollte dafür eintreten ihre Mitarbeiter nicht als Kostenfaktor einzustufen, sondern als notwendige Energie und Botschafter ihrer Produkte und Erfolge zu betrachten. Wir wollen in den Schlagzeilen Einstellungs- und keine Kündigungszahlen lesen. *Unsere Wurzeln sind eine soziale gewerkschaftsfördernde Partei, zu denen wir wieder zurückfinden müssen.*

**Für uns gilt:  
Made in Germany  
&  
sozial in Germany**

## 2.2 GESUNDHEITS-/PFLEGEPOLITIK

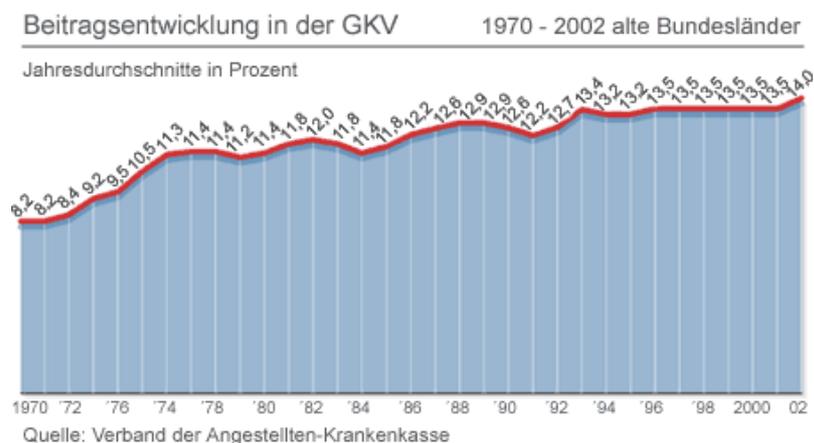
Es gibt wohl kein Feld in der deutschen Politik das umstrittener, heiß diskutierter und so vielen Veränderungen unterworfen ist. Kein Feld auf dem so viele Lobbyisten agieren, weshalb es auch so schwer zu reformieren ist. Und kein Job, welcher neben dem Finanzminister wohl unbeliebter ist. Die Rede ist vom Gesundheitswesen.

Doch zu erst einmal geht es hier um 4,2 Mio. Beschäftigte und 80 Mio. Versicherte. Gesundheitspolitik betrifft uns alle, als Patient, als Arzt oder als Krankenschwester. Gerade deshalb wird auch oft so leidenschaftlich und so heiß darüber diskutiert. Kein System war in den letzten Jahrzehnten so vielen Veränderungen unterworfen, an denen mancher gescheitert ist. Und gerade deshalb ist es wichtig, dass sich die SPD und die JUSOS ein klares Profil auf diesem Feld geben. Denn das ist ein Thema, in dem die Menschen merken, wo die Unterschiede sind. Wir haben es im Wahlkampf 2005 gemerkt, als es um die Zukunft der Finanzierung der Krankenversicherung ging: **Kopfpauschale vs. Bürgerversicherung**. Und wir merken es bei der Diskussion um die aktuelle Reform: Wollen wir ein System, dass sich seit 150 Jahren bewährt hat einfach aufgeben oder wollen wir es den veränderten Umständen anpassen und zukunftssicher machen.

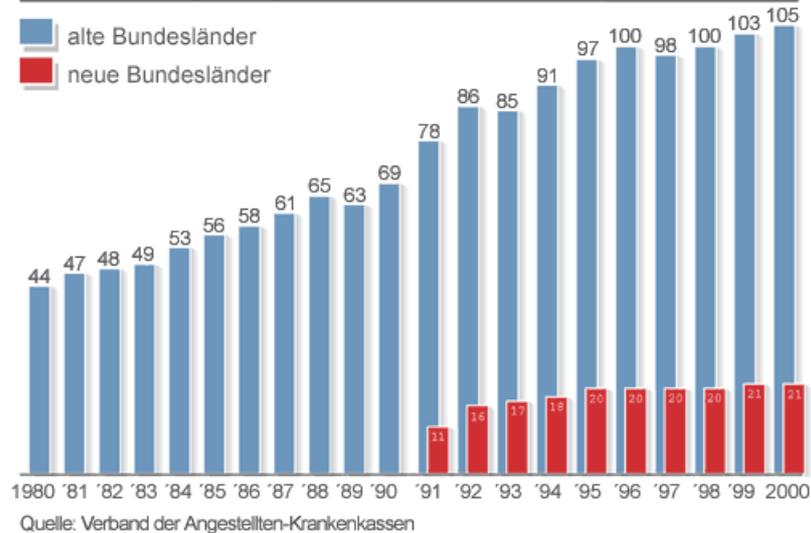
Doch bevor auf einzelne Punkte eingegangen wird, soll ein kurzer statistischer Überblick und eine Entwicklungszusammenfassung dargestellt werden:

Wie oben angesprochen arbeitet ca. jeder 9. Beschäftigte im Gesundheitssektor. Es gibt 2.166 Klinken in Deutschland und 116.000 niedergelassene Ärzte. Dazu kommen 21.968 Apotheken, welche alleine ca. 145.000 Menschen beschäftigen (Statistisches Bundesamt, Wiesbaden).

Auch die Finanzierung der Krankenversicherung hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. Noch immer sind knapp 90% der Versicherten Mitglieder der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Am besten verdeutlichen lässt sich die Entwicklung mit einigen Grafiken:

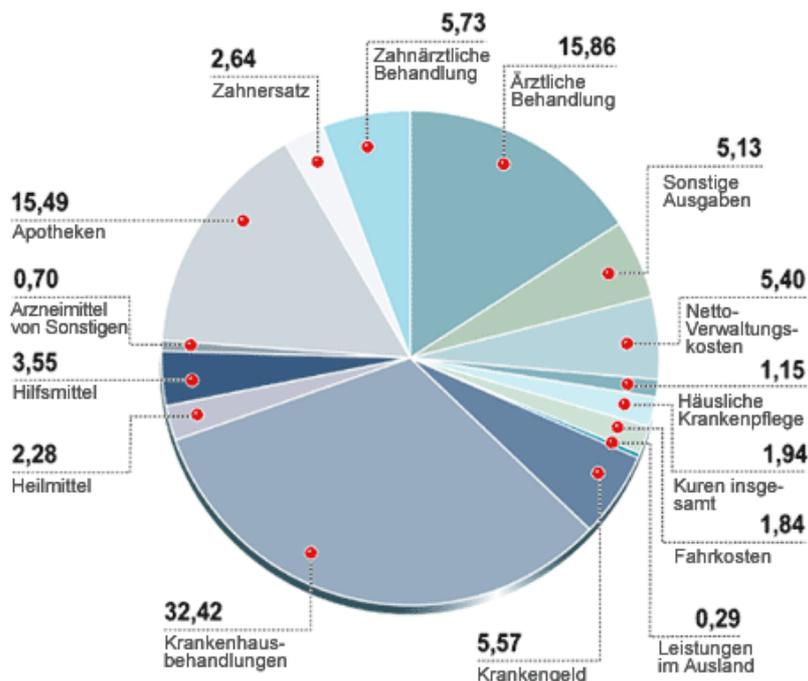


## GKV-Leistungsausgaben - in Milliarden EURO



## Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung

1. bis 4. Quartal 2001 (in Prozent)



Quelle: VdAK

1977 folgte unter dem damaligen SPD-Arbeitsminister Herbert Ehrenberger ein „Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz“. Damit war die erste größere „Gesundheitsreform“ geboren und die Zuzahlungen für Patienten wurden eingeführt. Bis zur letzten Reform 2004 wurden etliche Reformen verabschiedet, meist im Konsens von SPD und CDU, aber keine brachte die erhoffte Wende, sondern schaffte nur eine Verschnaufpause für 2-4 Jahre. Zu einer tief greifenden Struktur konnte sich bisher keiner durchringen und auch die jetzige Reform kann nur ein Anfang sein.

Eine wirkliche Reform muss nach Ansicht der JUSOS nicht immer nach der gleichen Methode verlaufen, nämlich höhere Belastungen für die Versicherten, welche sich in der Vergangenheit als wirkungslos herausgestellt haben. Wenn wir eine echte Reform durchsetzen wollen, müssen wir dabei immer folgende Prinzipien im Auge behalten und verfolgen:

- **eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis durch eine solidarische Bürgerversicherung**
- **wirtschaftlich auf der Ausgabenseite**
- **Versicherungsschutz für alle**
- **Eine optimale Teilhabe alle Menschen am medizinischen Fortschritt, unabhängig vom Geldbeutel**
- **Keine Aushöhlung der paritätischen Finanzierung der GKV**

Wir glauben, dass wir diesen Prinzipien auch in der Großen Koalition treu bleiben müssen. Im Wahlkampf hat sich ganz klar gezeigt, dass die Menschen einen Systemwechsel ablehnen. Unser Gesundheitssystem ist eines der Besten der Welt. Wenn wir wollen, dass dies in der Zukunft auch so bleibt, müssen wir es zukunftsfest machen, ohne dabei das System als ganzes in Frage zu stellen. Diese Herausforderung gilt es in der Zukunft zu meistern. Dass es möglich ist, zeigen uns gute Beispiele aus anderen Ländern.

Also, auf in den Kampf!

### **Paritätische Finanzierung beibehalten!**

Eine der grundsätzlichen Fragen ist es, wie das deutsche Gesundheitswesen in Zukunft finanziert werden soll. Dabei stehen die JUSOS weiterhin hinter der Forderung aus dem Wahlkampf, nämlich der **solidarischen Bürgerversicherung**. Darin sollen alle Bevölkerungsgruppen, auch Beamte, Selbstständige, Politiker, etc., nach ihrem Einkommen gestaffelt einzahlen. Dazu sollen auch Kapitaleinkünfte, sowie Zins- und Mieteinkünfte herangezogen werden. So würde die Finanzierung unabhängiger vom Einkommen und wäre so auch weniger Schwankungen unterworfen.

**Eine Kopfpauschale in jeder Form lehnen wir ab.** Die CDU/FDP ist im Wahlkampf grandios mit dieser Idee gescheitert. Diese auch ‚Gesundheitsprämie‘ genannte Pauschale ist weniger sozial, weil jeder unabhängig von seinem Einkommen denselben Betrag zahlen soll. Damit würde ein Grundprinzip des deutschen Sozialstaates aufgegeben, nämlich die Beteiligung des Einzelnen gemäß seiner Leistungsfähigkeit. Die Menschen wollen nicht, dass eine Sekretärin und ihr Chef unterschiedlich behandelt werden und lehnen ein Zwei-Klassen Medizin ab.

Die stärkere Steuerfinanzierung begrüßen wir ausdrücklich. Gesundheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und eine stärkere Steuerfinanzierung stellt die Finanzierung längerfristig auf eine stabile Basis. Die beschlossenen Beitragserhöhungen bedauern die JUSOS sehr, weil hierdurch wieder die Versicherten belastet werden. **Wir lehnen weitere Erhöhung der Zuzahlungen und einseitigen Belastungen auf Kosten der Versicherten ab. Gesundheit muss bezahlbar bleiben und eine weitere Aushöhlung der paritätischen Finanzierung ist mit uns nicht zu machen!**

Dass die Beiträge zukünftig vom Gesetzgeber festgelegt werden, ist begrüßenswert, da so verhindert werden kann, dass Arbeitnehmer einseitig belastet werden.

Einen weiteren Abbau des Leistungskatalogs der GKV lehnen wir ab und können nur einzelne Bereiche begrüßen, in denen sich die Versicherten mehr eigenverantwortlich beteiligen müssen.

Dies gilt unserer Meinung nach z.B. für bestimmte Risikosportarten, welche in Absprache mit den Sportorganisationen festgelegt werden müssten. ***Es darf nicht sein, dass die Gemeinschaft der Versicherten riskante Unfälle, welche aus abenteuerlichen Sportarten resultieren, mitfinanziert.***

Dass ganze Bereiche, wie z.B. der Zahnersatz, aus dem Leistungsangebot gestrichen werden, ist für die JUSOS unerhört. Denn dadurch würden die Arbeitgeber einseitig entlastet, was im Endeffekt aber keine Wirkung zeigen würde. Jüngstes Beispiel dafür ist die Einführung eines Sonderbeitrages für das Krankengeld, den seit 2004 nur die Arbeitnehmer zahlen müssen. Im Gegenzug wurden die Beiträge für die Arbeitgeber gesenkt, mit dem Erfolg, dass keine neuen Menschen eingestellt worden sind, wie man sich erhofft hatte.

Auch der Gesundheitsfonds ist keine Idee, welche die JUSOS voll unterstützen können. Natürlich können die Einnahmen der GKV so transparenter gemacht werden. Mit dem Zugeständnis an die Union, eine „Mini-Kopfpauschale“ zu erheben, belasten wir aber vor allem die Menschen, welche ein geringes Einkommen haben. Wir müssen dafür sorgen, dass die GKV mit den Einnahmen, welche sie hat, sinnvoll und wirtschaftlich umgeht. Nach Berechnungen von ver.di ließen sich allein durch die stärkere Bekämpfung der Korruption mindestens 2 Mrd. € einsparen.

Alles im allem müssen wir es schaffen, die ***Finanzierung des Gesundheitswesens sozial gerecht zu reformieren***. Dazu zählen wir uns folgende Elemente:

- ***eine solidarische Bürgerversicherung***
- ***keine einseitigen Belastung der Arbeitnehmer und Versicherten***
- ***stärkere Steuerfinanzierung***
- ***bessere Kontrolle auf der Ausgabeseite***

### **Medizinischer Fortschritt für alle!**

Dass so viele Menschen einen Job in der Gesundheitsbranche haben, zeigt wie wichtig das Gesundheitswesen auch wirtschaftlich ist. Und die Branche entwickelt täglich mehr Fortschritt. Die Menschen werden älter, auch dank des medizinischen Fortschrittes. Dies ist zu begrüßen und zu unterstützen.

Doch es darf nach unserer festen Überzeugung nicht sein, dass die Menschen, welche ein geringes Einkommen haben oder Transferleistungen erhalten, nicht an diesem medizinischen Fortschritt teilhaben können. ***Gesundheit ist ein hohes Gut und muss für alle Menschen bezahlbar bleiben***. Denn wir reden immer über Menschen und deren Wohl. Deshalb ist es manchmal zynisch wie einige Funktionäre über dieses Thema reden. Wer meint, bei der Bahn darf man für mehr Geld auch erste Klasse fahren und bei der Gesundheit sei das nichts anderes, hat eine Denke, die jedes soziales Gewissen vermissen lässt.

So halten wir es auch für einen Skandal, dass in Deutschland an die 300.000 Menschen keinen Versicherungsschutz genießen. Damit solche Verhältnisse gestoppt werden und es nicht zu Zuständen wie in den USA kommt, müssen wir handeln. Nötig ist eine Öffnung auch der Privaten Krankenversicherung (PKV). Dieses einzigartige System in Europa führt zu einer Zwei-Klassen Medizin, die keiner begründen kann. Und so begrüßen wir auch, dass die PKV in Zukunft einen Basistarif ohne Prüfung für jeden Versicherten anbieten muss.

Wir halten es nämlich auch für unsozial, dass die, welche als Student oder Berufsanfänger günstig in der GKV versichert wurden und alle Angebote in Anspruch nehmen konnten, sich nun der weiteren Finanzierung durch Flucht in die PKV entziehen.

***Es darf nicht sein, dass die, welche genug Geld haben, eine bessere und qualitativ hochwertigere Behandlung bekommen***. Jeder muss am medizinisch-technischen Fortschritt

teilhaben. Niemand sollte Angst haben, dass er wegen seiner Armut früher stirbt. Das Motto „Wer arm ist, stirbt früher“ darf für Sozialdemokraten nie akzeptiert werden.

Wir müssen auch darüber nachdenken, ob die Versicherungs- und die Beitragsbemessungsgrenze noch zeitgemäß sind. Es darf nämlich nicht sein, dass man sobald man ein gewisses Einkommen hat, die Kasse wechseln kann, dessen Leistung man jahrzehntlang in Anspruch genommen hat. Bei der Beitragsbemessungsgrenze gilt das gleiche.

Man muss den Beitrag weiter staffeln, denn es gibt einen gewaltigen Unterschied ob jemand 3487.50 € (aktuelle Grenze) oder 10.000 € monatlich verdient. Trotzdem zahlen nach dem aktuellen System beide den gleichen Beitrag.

Die Zuzahlungen für die Patienten müssen begrenzt werden und sozial gerecht gestaltet werden. Gerade wir als Arbeiterpartei müssen dafür in der Großen Koalition stehen.

**Der Sozialstaat besteht nicht nur aus Nehmen, sondern auch aus Geben!**

### **Wettbewerb gerecht stärken - Transparenz ausbauen**

In keinem anderen Politikfeld gibt es eine größere und stärkere Lobby, als im deutschen Gesundheitswesen. Das liegt zum einen an der Wichtigkeit des Sektors, aber auch an der Vielzahl der Menschen, die davon betroffen sind. Und so wird jede Reform, wie die aktuelle auch, runtergeredet und die Menschen verunsichert. Ihr Vetopotenzial blockiert notwendige Reformen. Der Politikwissenschaftler Wolfgang Rudzio sieht die in das ‚neokorporatistische System‘ eingebundenen Verbände, die teils:

„Gefahren einer Mediatisierung und einer Entschränkung individueller Freiheit durch das Gewicht verselbständigter, privilegierter und womöglich übermächtiger Interessenorganisationen“ bergen.

**Schluss daher mit den Reformblockaden der Gesundheitslobby!** Deshalb ist es so wichtig, dass die Politik endlich mutig verkrustete Kartelle von Ärztefunktionären und Krankenkassen politisch behandelt und sich am Wohle der Hauptakteure des Gesundheitswesens orientiert, nämlich dem der Patientinnen und Patienten.

Es darf aus unserer Sicht nicht sein, dass kein Arzt weiß, was seine Leistungen sind. Auch kann es nicht sein, dass ein Arzt für eine gleiche Untersuchung unterschiedliches Geld bekommt, nur weil es Kassen- bzw. Privatpatienten sind. Auch muss die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KV) endlich transparent machen, wie sie die Honorare verteilt. Alle Gesundheitsminister wollten endlich mehr Transparenz schaffen, keiner hat es bis jetzt geschafft. So sagte Ulla Schmidt: „Wir müssen das Monopol der Kassenärztlichen Vereinigungen brechen.“ Horst Seehofer verglich sie sogar mal mit „Vampiren“. Denn die KV verteilt die Honorare der Kassenärzte, doch kein Patient weiß, was seine Untersuchungen wert sind. Damit muss Schluss sein! So fordern wir u.a. die **Einführung einer Patientenrechnung**, so dass der Patient genau weiß, welche Leistungen er erhalten hat.

Und wir wollen auch, dass **Ärzte entsprechend ihren Leistungen bezahlt werden**. Wir können nicht über Ärztemangel klagen und gleichzeitig weniger Geld für diese fordern. Deshalb **begrüßen die JUSOS die Reformierung der Honorarordnung** und fordern, dass auch weiterhin alles getan wird, um den Ärzteberuf attraktiv zu machen, z.B. durch verstärkten Bürokratieabbau.

Außerdem muss endlich die integrierte Versorgung vorangebracht werden. Es darf nicht sein, dass es ein teures Nebenher von stationärer und ambulanter Versorgung gibt. Der Hausarzt muss stärker als bisher als „Lotse“ fungieren und durch eine bessere Verzahnung, z.B. auch durch eine „**Gesundheitskarte**“, müssen teure Doppeluntersuchungen vermieden werden. Modellprojekte zeigen, dass sich dadurch bis zu 14 Mrd. € einsparen ließen, ohne auch nur

eine Leistung zu kürzen. Es geht also auch darum, die Beitragsgelder die da sind, sinnvoll einzusetzen.

Es muss endlich einen fairen Wettbewerb zwischen PKV und GKV geben. So kann eine AOK, mit vielen Arbeitslosen und Kranken im Osten der Republik, nicht mit einer kleinen Betriebskrankenkasse mit vielen Jungen im Westen Deutschlands mithalten. So begrüßen die JUSOS den **modernisierten Risikostrukturausgleich**. Es ist richtig, dass Kassen, die mehr Bevölkerungsgruppen mit bestimmten Krankheitsanfälligkeiten versorgen, mehr Geld erhalten als andere.

Auch muss die Fusion von Kassen, wie beschlossen, ausgebaut werden. So können Bürokratiekosten gespart werden. Nach unserer Meinung kann es nicht sein, dass die Bürokratiekosten pro Versicherten jedes Jahr steigen und gleichzeitig auch die Beiträge.

**Wir müssen endlich mutig gegen die verkrusteten Strukturen vorgehen und so neue Möglichkeiten der Wirtschaftlichkeit auf tun!**

### **Vorsorge fördern**

Das deutsche Gesundheitswesen krankt unter anderem auch an einem Gemisch aus Unter- und Überversorgung. Und es gilt auch hierbei der alte Grundsatz: „*Vorsorge ist günstiger als Nachsorge.*“

So begrüßen wir, dass einige Leistungen nun endlich in den Katalog der GKV aufgenommen werden, so zum Beispiel die Impfungen oder Mutter-Vater-Kind-Kuren.

Was mit dem Zahnersatz und dem „Bonusheftchen“ begonnen wurde, kann auch auf andere Bereiche übertragen werden. Nur wenn jetzt Vorsorge auch Pflicht wird, muss diese auch vernünftig ausgestaltet werden. Es darf nicht sein, dass Patienten mit Muttermalen und erhöhtem Krebsrisiko, die Vorsorgeuntersuchung selbst bezahlen müssen.

### **Ein Vorsorgender Sozialstaat sieht anderes aus!**

Hier können wir uns auch Beispiel an anderen Staaten nehmen. Eine flächendeckende Brustkrebsvorsorge gibt es in den meisten europäischen Nachbarländern schon. So könnte die Sterblichkeitsrate um bis zu 30% sinken. Das andere gilt auch für andere Krankheiten, wie für die großen Volkskrankheiten Bluthochdruck oder Diabetes. Und es ist durchaus legitim, auch von den Patienten Eigeninitiative zu fordern. **Regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen sollten zur Pflicht werden.** Eine generelle Bestrafung von Rauchern oder anderen Risikogruppen lehnen wir ab. Stattdessen müssen Präventivmaßnahmen, wie gesunde Ernährung an den Schulen oder Sport, aktiv gefördert werden. Hierbei gibt es vielfältig Möglichkeiten, welche zu unterstützen sind.

**Deshalb gilt für die JUSOS ohne Einschränkung: Vorsorge statt teurer Nachsorge!**

### **Pflege menschlich gestalten**

Der demografische Wandel wird uns vor große Herausforderungen stellen, was den Bereich der Pflege betrifft. Auch die Pflegeversicherung muss auf eine sichere Finanzierungsbasis gestellt werden, um in der Zukunft bestehen zu können. Dabei ist nach dem Modell der Bürgerversicherung vorzugehen. Auch ist darüber nachzudenken, ob eine starke Eigenvorsorge von Seiten der Versicherten notwendig ist.

Dabei muss aber immer gelten: **Der Mensch im Mittelpunkt!** Es muss gewährleistet sein, dass Menschen, die sich nicht mehr selbst versorgen können, optimal, ob zu Hause oder im Heim, versorgt werden. Menschen die ihre Angehörigen zu Hause pflegen, müssen mit allen Mitteln unterstützt werden und nicht durch bürokratische Hindernisse gegängelt werden. Unser Grundsatz: **Pflege menschlich sichern**

Auch muss es eine *einheitliche Zertifizierung von Pflegeheimen* geben, so dass „schwarze Schafe“ in der Branche entdeckt werden. Die *Qualität der Pflege muss gesteigert werden!*

Bestimmte Leistungen, z.B. bei der Demenz, müssen ausgebaut werden. Die Qualität der Berufsausbildung in der Pflegebranche muss erhalten und gestärkt werden.

**Auch hier gilt für uns JUSOS: Der Mensch zuerst!**

### **Fazit**

Alle diese Vorschläge und Einwände sind nur ein ganz kleiner Teil. Die JUSOS erheben nicht den Anspruch Experten zu sein und eine Musterlösung parat zu haben. Aber eins zeigen die Vorschläge doch: Der Sozialstaat kann erhalten bleiben, auch ohne ihn zu zerschlagen.

Populistischen und nichtbezahlbaren Forderungen der Linken und die Totalzerschlagung auf der anderen Seite können sinnvolle Alternativen entgegengesetzt werden. Dabei müssen wir behutsam rangehen, weil es um 82 Millionen Menschen geht, die betroffen sind.

**Wir als Sozialdemokraten haben viel zum jetzigen Sozialstaat beigetragen. Wir müssen auch weiterhin die tragende Kraft sein, die ihn modernisiert. Und das stets mit Außenmaß und dem Mensch im Mittelpunkt.**

## 2.3 FINANZ-, STEUER- UND RENTENPOLITIK

### Rentenpolitik

Für uns als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist die Verantwortung der Generation füreinander ein hohes Gut. Daher gilt für uns der Grundsatz: **Alter darf auch in Zukunft kein Armutsrisiko darstellen!**

Klar ist aber auch, dass das jetzige Rentensystem im Zuge des demografischen Wandels handlungsunfähig wird. Daher wird in Zukunft eine eigenverantwortliche Altersvorsorge unerlässlich sein. Dies darf jedoch nicht bedeuten, dass der Staat sich aus seiner sozialen Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger stiehlt, denn **eine verlässliche und soziale Alterssicherung muss für jeden Menschen in unserem Land erschwinglich bleiben**. Fehlen die finanziellen Möglichkeiten privat fürs Alter vorzusorgen und besteht die Gefahr von Altersarmut, so muss der Staat auch in Zukunft sicherstellen, dass seine Bürgerinnen und Bürger in Würde alt werden können. Möglichkeiten hierzu sind z.B. eine **Grundrente**, die ein menschenwürdiges Leben sicherstellt, wenn die private Vorsorge nicht dazu ausreicht. Trotzdem muss der Staat im Interesse der Allgemeinheit handlungsfähig bleiben. Er muss daher vermehrt Anreize schaffen, um eine private Altvorsorge attraktiv zu gestalten. Die bisher unternommenen Schritte sind eher halbherzig und schieben das Problem auf die lange Bank.

**„Die Zukunft wird nicht gemeistert von denen, die am Vergangenen kleben.“**  
(Willy Brandt)

Selbst das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bekennt, dass sich die Altersvorsorge stärker als bisher auf die drei Säulen gesetzliche, betriebliche und private Altersvorsorge stützen muss.

Die von der großen Koalition beschlossene schrittweise Erhöhung des **Renteneintrittsalters auf 67 Jahre halten wir in dieser Form für falsch**. Strukturelle Probleme werden auf diese Art und Weise nicht gelöst. Vielmehr muss das bisher bei 60,2 Jahren liegende tatsächliche Renteneintrittsalter auf die bisherige Grenze von 65 Jahren angehoben werden. Alles andere ist unsozial.

### Finanz- und Steuerpolitik

Erklärtes Ziel sozialdemokratischer Politik muss die Konsolidierung der Staatsfinanzen im Interesse eines handlungsfähigen Staates für die nachfolgenden Generationen (Stichwort **generationengerechter Finanzhaushalt**), die Schließung der Steuerschlupflöcher, sowie eine gerechte Steuerpolitik sein. Soziale Gerechtigkeit spiegelt sich auch in **gerechten Steuersätzen**, die Reiche mehr und Arme weniger belasten, wider.

Die Mülheimer JUSOS sind in diesem Zusammenhang auch für ein **transparenteres Steuersystem**: Vereinfachung des verwirrenden ‚Paragrafenwaldes‘ und Verringerung der Ausnahmetatbestände und Abschreibungsmöglichkeiten. Wir wehren uns aber gegen eine radikale Ungerechtigkeit, die beispielsweise die Reformpläne Paul Kirchhof’s beinhaltet. Eine ausgewogene und sozial gerechte Reformierung des Steuersystems ist unerlässlich. So dürfen die Aufwandsentschädigungen für nebenberufliche Tätigkeiten als Übungsleiter, Ausbilder, Sporttrainer, Chorleiter, Erzieher usw. in Vereinen und Personen, die ehrenamtliche Lehr- und Vortragstätigkeiten an Schulen oder Volkshochschulen halten, nicht

voll steuerpflichtig werden. Ebenfalls dürfen Steuerbefreiungen der Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge nicht wegfallen. Es darf nämlich nicht sein, dass die Krankenschwester, der Feuerwehrmann oder der Schichtarbeiter Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge versteuern müssen, damit der Spitzensteuersatz auf 39% gesenkt werden kann. Das verbietet uns die soziale Gerechtigkeit!

Wir bekennen uns als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten zur *sozialen Marktwirtschaft*, das heißt auch ganz klar und eindeutig: ***Den Wegfall des ‚Sozialen‘ im Sozialstaat lassen wir nicht zu!***

Die Unternehmenssteuerreform, wie sie von der großen Koalition geplant ist, ist nach Meinung der Mülheimer JUSOS nicht tragbar.

***„Wir beobachten schon länger, dass es zwischen Steuerhöhe und  
Wirtschaftswachstum keinen Zusammenhang gibt.“***  
(Heide Simonis)

Weitere Steuergeschenke an die Unternehmen können auch mit dem Hinweis auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland nicht mehr begründet werden. Um sozialdemokratische Steuerpolitik auch aktiv umzusetzen, kann ganz klar festgestellt werden: Es besteht ***keinerlei Spielraum für weitere Unternehmenssteuerentlastungen***, während Tausende an Ausbildungsplätzen fehlen und zudem zum 1.1.2007 die Mehrwertsteuer um 3% erhöht wird. Hier würden Steuergeschenke an Unternehmen gemacht, die durch die Steuererhöhungen bei der Mehrwertsteuer, die gerade sozial Schwache trifft, und die Streichung staatlicher Aufgaben gegenfinanziert werden sollen.

Auch die geplante ***Erhöhung der Mehrwertsteuer ist sozial unausgewogen***. Sie trifft alle Menschen in diesem Land gleichermaßen, der Hinweis auf ermäßigte Sätze, wie z.B. für Lebensmittel und Blumen, ist Sand in den Augen der Bevölkerung. Hier muss eine größere Differenzierung stattfinden.

Eine so genannte ***Vermögenssteuer***, die in der Vergangenheit schon des Öfteren diskutiert wurde, kann eine Möglichkeit sein, auf eine faire Art und Weise neue Finanzierungsquellen für die öffentliche Hand zu erschließen. Die zu Recht ab 01.01.2007 geltende ***Reichensteuer*** dient als Solidarbeitrag der absoluten Spitzeneinkommen für eine gerechte Finanzierung der öffentlichen Aufgaben. Sie bedeutet, dass für Einkommensteile, die über einem zu versteuernden Einkommen von über 250.000 Euro liegen, ein um drei Prozentpunkte höherer Spitzensteuersatz von 45% gelten soll.

Wir fordern eine ***starke Gewerbesteuer***. Sie muss fortentwickelt werden und somit in Zukunft Freiberufler, Land- und Forstwirte miteinbeziehen und Bemessungsgrundlage auf gewinnunabhängige Elemente wie Lizenzgebühren, Leasingkosten, Pachten und Zinsen erweitern.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass auch im Hinblick auf solide Finanzen der Staat seiner im Grundgesetz garantierten sozialen Verantwortung gerecht werden muss. ***Der demografische Wandel darf daher kein Grund für Sozialabbau sein!***

## 2.4 KINDER-, JUGEND- UND FAMILIENPOLITIK

Der Bereich Kinder, Jugend und Familie ist ein zentraler Aspekt moderner Politik. Der Staat muss angesichts der demografischen Lage dafür Sorge tragen, dass das Kinder bekommen wieder attraktiver wird. In einer Gesellschaft läuft etwas verkehrt, wenn Kinder primär als Armutsrisiko angesehen werden und zum Teil auch sind. Die **Einführung des Elterngeldes**, das zum 1. Januar 2007 in Kraft treten wird, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Das Elterngeld, in Schweden heißt es beispielsweise „Elternversicherung“, ist modern und sozial gerecht ausgestaltet. Es ist ein Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie, nicht zuletzt durch die beiden Partnermonate, auch ein zusätzlicher Anreiz für eine partnerschaftliche Aufgabenteilung zwischen Müttern und Vätern.

Die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**, d.h. die Verbesserung der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindererziehung, ist eine der Hauptaufgaben der Familienpolitik und liegt uns als Sozialdemokraten besonders aufgrund des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit am Herzen.

Viele junge Frauen möchten nicht die Verantwortung für Kinder übernehmen, bei Verzicht auf eine Ausbildung oder Karriere. Stattdessen wird die Familienplanung auf unbestimmte Zeit verschoben. Unsere Gesellschaft darf vor dieser Tatsache nicht die Augen verschließen, sondern muss ihnen beistehen bei der Vereinbarkeit einer beruflichen Laufbahn und dem Kinderwunsch, und das nicht nur aus demografischer Perspektive. Erwerbsarbeit und Familie lassen sich grundsätzlich vereinbaren, ohne dass der individuelle Berufsverlauf beeinträchtigt wird oder Kinder darunter leiden. Die Erfahrung aus Skandinavien zeigt: Eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen bei gleichzeitigen hohen Geburtenraten spricht für eine erfolgreiche Vereinbarung von Familie und Beruf.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist somit einer der Hauptpunkte für eine Steigerung der Geburtenrate. Es muss ein Umdenken in unserer Gesellschaft stattfinden. Hier sind insbesondere Großunternehmen in der **Pflicht flexible Arbeitszeitmodelle** einzuführen und das Unternehmen familienfreundlich zu gestalten. Dabei sollten viele Großbetriebe ein wenig mehr Kreativität aufbringen. Denn Fakt ist, dass sich ausgeglichene MitarbeiterInnen, die sich keine Sorgen über die Betreuung ihrer Kinder machen müssen, während der Arbeitszeit voll auf ihren Job konzentrieren können und somit effizienter arbeiten. Allerdings muss betont werden, dass es nicht allein die Aufgabe von Großunternehmen ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, sondern primär die des Staates. Kritisch zu hinterfragen ist jedoch das Arbeiten von zu Hause aus. Hierbei könnte es zu einer Überlastung und Ausbeutung der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters kommen. Zudem könnten innere Konflikte auftreten, weil man sich weder voll auf den Job, noch voll auf das Kind konzentrieren kann.

Der Staat kann allerdings auch seinen Beitrag dazu leisten, damit Großunternehmen familienfreundlicher werden. Er sollte stärker als bisher Anreize für eine familienfreundliche Unternehmensführung schaffen, indem man die Großunternehmen **positiv wie negativ sanktioniert**.

Positiv herauszuheben für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die offenen Ganztags(grund)schulen (OGS), die die SPD auf den Weg gebracht hat. Hier können Kinder vernünftig gefördert und betreut werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Kinder-, Familien- und Jugendpolitik ist die Kinderbetreuung. Dazu gehört der bedarfsgerechte Ausbau der U3-Betreuung in Krippen, Kindergärten und in der qualifizierten Tagespflege. Hierfür ist es zwingend notwendig, dass das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) konsequent umgesetzt wird. Daneben sollte jedes Kind einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte ab dem zweiten Lebensjahr erhalten. Langfristig sollten die Beiträge für den Kindergarten komplett entfallen, damit der Besuch des Kindergartens auch rechtlich obligatorisch werden kann.

Aber auch für die Zeit nach dem Kindergarten muss Kindern unabhängig vom Einkommen der Eltern der Weg in die Zukunft geebnet werden. Laut Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) leben mehr als 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche auf Sozialhilfeniveau, mehr als doppelt so viele wie noch im Jahr 2004.

*„Arme Kinder leiden in Deutschland zwar in der Regel weder Hunger noch Durst, sie haben ein eigenes Bett und sie gehen zur Schule. Armut und Kinderarmut sind relativ. Ihre Erscheinungsformen – eine eingeschränkte materielle Grundversorgung, vermindert Bildungschancen, schlechtere Gesundheit und geringere soziale Teilhabe – sind nicht auf den ersten Blick sichtbar. Aber Armut kann sich negativ auf die Lebenschancen der Kinder auswirken – mit der Folge eines stärkeren Auseinanderdriftens der Gesellschaft.“* (Katharina Belwe)

Dies ist eine alarmierende Zahl, denn diese **Kinderarmut** bedeutet für die Betroffenen oft viel geringere Teilhabe am sozialen Leben. Die Entwicklung des Anstiegs der Kinderarmut, darf in einem der reichsten Länder wie Deutschland nicht einfach hingenommen werden! **Kinderarmut ist daher ein Armutszeugnis für die Sozialpolitik.** Diese „Infantilisierung der Armut“ kann nur durch eine integrale Beschäftigungs-, Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik, die Maßnahmen zur Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen einschließt, beseitigt werden. Wir müssen unbedingt verhindern, dass aus armen Kindern arme Erwachsene werden! **Kinderpolitik ist soziale Gesellschaftspolitik.**

Hier ist neben dem Staat die Wirtschaft gefordert, da nur durch mehr Arbeit für die Eltern der Kinder, und nicht durch **Vernichtung von Arbeitsplätzen** trotz gesteigertem Profit, die Armut verringert werden kann. Auch dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit muss sich die Wirtschaft stellen. Ein Ausbildungspakt allein scheint nicht auszureichen - wer nicht ausbildet, muss eine Umlage zahlen!

Die Politik hat einen Reformprozess eingeleitet, der für Teile der Jugend große Nachteile und soziale Probleme mit sich bringt, z.B. durch Kürzungen von Landesregierungen im Kinder-, Jugend- und Sozialbereich, die besonders Jugend- und Freizeitstätten arg in Bedrängnis bringt. Wenn man weiter die Mittel für Jugendeinrichtungen streicht oder kürzt, wird man den bestehenden Problemen sicher nicht gerecht. Die Jugendlichen fühlen sich unverstanden und minderwertig. Sie hinterfragen warum gerade beim schwächsten Glied gespart wird, bei der Gruppe ohne Lobby – das Vertrauen der Jugend in die Politik bzw. ihre Politiker sinkt indes weiter.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Frust und das Desinteresse an Politik seitens der Jugendlichen immer größer werden. Laut der 14. Shell-Studie von 2002 steht das Beteiligen an Politik an vorletzter Stelle. Dem muss entgegengewirkt werden! Denn Jugend will auch gefordert sein! Vielleicht mutet man ihr im Alltag auch von Seiten der Politik zu wenig zu, unterfordert sie, hält sie auf Distanz, bietet ihr zugleich zu wenig Vorbild und lässt sie mit sich alleine. Durch Partizipation in Form von Hearings, Projekten oder institutionell können sich Jugendliche aktiv vor Ort einbringen und gleichzeitig wird das Interesse an Politik gefördert. Sie erkennen, dass sie etwas bewirken können. Hierbei wäre auch eine noch stärkere Kooperation der verschiedenen Institutionen förderlich. Die **„Bündnisse für**

**Familie**“ bilden einen guten Anfang hierfür. Zum Beispiel im Bereich der Städteplanung können sich Kinder und Jugendliche aktiv einbringen. Planungen müssen in Zukunft so durchgeführt werden, dass die Interessen von Familien, Kindern und Jugendlichen stärker Berücksichtigung finden. Kinderspielflächen und andere Flächen für Spielnutzungen (z.B. Fußball- oder Basketballfelder) müssen in Zukunft ein wichtiger Bestandteil der Planung sein und dürfen nicht mehr nur eine untergeordnete Rolle – oftmals sogar weniger bedeutend als die Flächen für Garagen – spielen.

Für uns stellt die nachhaltige Familienpolitik einen zentralen Bestandteil der Zukunftssicherung unserer modernen Gesellschaft dar:

*„Nachhaltige Familienpolitik beansprucht, zur Entwicklung gesellschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen beizutragen, die der nachwachsenden Generation die Entscheidungen für eigene Lebensformen und für Familie und Kinder in Freiheit und Selbstverantwortung ermöglichen. Nachhaltige Familienpolitik trägt somit dazu bei, den heutigen Eltern und der nachwachsenden Generation die Möglichkeit zu eröffnen und zu sichern, die Fürsorge für Kinder, die Fürsorge für die eigenen Eltern, die Fürsorge für den Partner/die Partnerin in eigener Entscheidung als Teil der eigenen Lebensführung nicht nur zu begreifen, sondern auch zu realisieren. Daher widersprechen die Benachteiligungen, die sich aus der Entscheidung junger Erwachsener für ein Engagement und Fürsorge für andere ergeben – und auch in unserer Gesellschaft heute noch vielfältig anzutreffen sind - einer nachhaltigen Familienpolitik.“ (7. Familienbericht 2005)*

Diese nachhaltige Familienpolitik kann man nur verwirklichen, indem man nicht ausschließlich auf ein Instrument, sondern auf eine Mischung aus Infrastruktur, Zeit und Geld setzt. Moderne Familienpolitik beinhaltet die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die gezielte, materielle Förderung von Familien und eine frühe Förderung der Kinder. Es wäre stattdessen verfehlt:

*„nur auf eine Maßnahme wie z.B. mehr Kinderbetreuung zu setzen, aber die anderen Bedingungen unverändert zu lassen. Das Gelingen einer nachhaltigen Familienpolitik ist umso wahrscheinlicher, je besser die familienpolitischen Maßnahmen durch andere Politikbereiche flankiert werden. Ein Erfolg kann sich daher nur mit einem „Policy-Mix“ einstellen, d.h. eine Kombination von Elterngeld und qualitativer und quantitativer Kinderbetreuung in Verknüpfung mit einer Flexibilisierung der starren Arbeitszeitmuster“ (Gutachten „Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungspolitik“ 2003).*

Kinder-, Jugend- und Familienpolitik ist eines der lebendigsten Handlungsfelder überhaupt. Es integriert Aspekte wie Erziehung, Soziales, Kultur, Schule, Freizeit und Sport. Familienpolitik muss als Querschnittspolitik verankert werden – es ist ein Querschnittsthema, das für alle anderen Politikfelder Relevanz besitzt und für die sowohl von Bund, Ländern und Kommunen ein integraler Mix aus Beschäftigungs-, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Steuer- und Sozialpolitik erfordert wird. Diese Querschnittsaufgabe ist damit eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Folglich ist es ein katastrophaler Irrweg, der von fataler Inkompetenz vieler CDU-geführten Länder zeugt, im Kinder- und Jugendbereich zu sparen. **Kinder und Jugendliche sind die Zukunft einer jeden Gesellschaft und müssen daher von jeglichen Kürzungen verschont bleiben!**

## 2.5 BILDUNGSPOLITIK

**„Gerade in Sachen Bildung müssen wir im Interesse aller viel ehrgeiziger sein.“**

(Horst Köhler, *Berliner Rede* am 21.09.2006)

Richtschnur sozialdemokratischer Bildungspolitik muss immer die Verwirklichung von **Chancengleichheit, Integration und sozialer Gerechtigkeit** sein. Für uns ist **Bildungspolitik = Chancenpolitik**. Während ein sozialer Staat für Chancengleichheit sorgt, indem er jedem Menschen den gleichen Bildungszugang bietet, sorgt er durch mehr Bildungschancen, sozialen Fortschritt durch Bildung und dem freien Zugang zu Bildung zugleich für mehr soziale Gerechtigkeit: diese ist „*die erste Tugend sozialer Institutionen, so wie die Wahrheit bei Gedankensystemen*“ (John Rawls).

Das heißt konkret, dass der Grad der Bildung und die so genannten Bildungskarrieren nicht durch den sozialen Status determiniert werden dürfen, Kinder aus Arbeiterfamilien dürfen keine geringeren Chancen auf einen Gymnasiums-Besuch oder den Beginn eines Studiums haben wie Kinder aus besser situierten Elternhäusern: **Soziale Herkunft darf nicht über den Bildungserfolg entscheiden!!** Anders formuliert: Der Geldbeutel der Eltern darf nicht das entscheidende Kriterium für die soziale Stellung des Einzelnen sein!!

Und doch ist es leider aktuell sehr erschreckend, wie stark die soziale Herkunft kritische Schwellen darstellt: Pisa hat gezeigt, dass schlechte Schulleistungen mit sozialer Herkunft zusammenhängen. In keinem OECD-Land ist dieser Zusammenhang so stark wie hier. Beim Zugang zum Gymnasium und daran anschließend dem Zugang in die gymnasiale Oberstufe sind unverantwortliche, dem reinen Leistungsprinzip widersprechende Schichtenzugehörigkeiten wirksam. Chancenungleichheiten nach sozialer Herkunft sind so gravierend, dass selbst der UN-Sonderberichterstatter für Bildung, Vernor Muñoz, diese Defizite anmahnt: „*Ich habe das Gefühl, dass sich das deutsche Bildungssystem nicht darauf konzentriert, alle einzubeziehen, sondern dass es eher Trennungen schafft*“. Was durch dieses sozial selektive Schulsystem an Bildungschancen im dreigliedrigen deutschen System verspielt wird, setzt sich mit dem Zugang zur Hochschule, vor allem mit der weiteren Hürde der Studiengebühren, fort:

„*Beginnen von je 100 Kindern aus einem gut situierten Elternhaus 81 ein Studium, sind es bei den Arbeiterkindern nur elf. Demnach ist die Chance zu studieren für Kinder der Herkunftsgruppe 'hoch' mehr als sieben Mal größer als für Kinder der Herkunftsgruppe 'niedrig'*“ (Quelle Hochschul-Informationssystem).

### **Chancengleichheit**

Unsere Grundüberzeugung hat Bestand: Wir wollen auch künftig Chancengleichheit und die bestmögliche Entfaltung der individuellen Fähigkeiten, unabhängig von sozialer Herkunft und jenseits tradierter Geschlechterrollen. Unser Ziel bleibt es, die unterschiedlichen Fertigkeiten, Fähigkeiten und Begabungen aller zu fördern und zu fordern. Jeder Mensch muss die Chance haben, den seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechend höchsten Bildungsstand zu erreichen und lebensbegleitend fortzuentwickeln. Das soziale und wirtschaftliche Umfeld oder die Herkunft dürfen nicht bestimmend dafür sein, was ein Mensch erreichen kann. Deswegen steht jeder einzelne und seine individuelle Förderung im Mittelpunkt bildungspolitischen Handelns. Alle unsere Bürgerinnen und Bürger sollen über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss verfügen. Unsere Gesellschaft braucht eine Leistungsspitze, die sich ihrer Verantwortung bewusst ist und die jedem und jeder offen steht. Unser Verständnis von Chancengleichheit ist es, die Chancen für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche zu mehren und nicht die Chancen derer

einzuschränken, die heute schon gute Rahmenbedingungen für ihren Bildungsweg haben. Wir wollen mit einer guten Bildungsinfrastruktur und mit den Mitteln des Förderns und Forderns jede und jeden in die Lage versetzen, den bestmöglichen qualifizierten Bildungsabschluss zu erlangen, und wir wollen Eltern und Kinder dazu ermuntern, Chancen wahrzunehmen. Wir wollen **mit einem insgesamt durchlässigeren Schulsystem auch den Spätentwicklern eine Chance für den Bildungserwerb bieten.**

### „Neue Schule“

Die PISA-Studie hat eindrucksvoll bewiesen, dass unser Schulsystem soziale Unterschiede nicht kompensiert, sondern verstärkt. Das ist ein Zustand, der nicht mit gutem Gewissen beibehalten werden kann. Die Mülheimer JUSOS sehen in der Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen ein zentrales Anliegen, das in jeglichen Reformversuchen der Schule seinen Platz finden sollte. Die Ursachen der Bildungsbenachteiligung wie Armut und Arbeitslosigkeit liegen außerhalb der Schule und sollten mit entsprechenden Maßnahmen angegangen werden. Die Schule muss sich jedoch insoweit verändern, als dass sie benachteiligte Kinder unterstützt anstatt sie auszugrenzen. In diesem Zusammenhang sprechen sich die JUSOS für ein **Abschaffen des Sitzenbleibens** aus.

Lebensentwürfe junger Menschen dürfen nicht allein von der sozialen Herkunft bestimmt werden. Dieses Defizit zeigt sich augenscheinlich in dem dreigliedrigen deutschen Schulsystem, in dem Verantwortungen nur abgewälzt werden und bereits frühzeitig ausgesondert wird: in Begabte und weniger Begabte.

*„Das dreigliedrige Schulsystem, mit dem wir weltweit nahezu allein stehen, passt nicht mehr in die heutige Zeit. Es reflektiert die Drei-Klassen-Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Früher sprach man ehrlicherweise von der Volksschule, der Mittelschule und der Oberschule. Damit gab man implizit zu, dass man für das Volk, die Mittelschicht und die Oberschicht drei verschiedene Schulen vorgesehen hatte. Heute spricht man verschämt von der Hauptschule, der Realschule und dem Gymnasium. Die Verwendung der neuen Namen ändert aber kaum etwas daran, dass mit dem deutschen Schulsystem die bestehende Ungleichheit der Gesellschaft zementiert wird“ (Hans Werner Sinn)*

Vor Pisa galt der Grundsatz, dass leistungsgleiche Lerngruppen den Lernerfolg ermöglichen, so dass die Dreigliedrigkeit damit weiter begründet werden konnte. Pisa jedoch konnte die These widerlegen, dass homogene Lerngruppen bessere Leistungserfolge brächten, sondern hob geradezu die leistungsdifferenzierten Lerngruppen als Erfolgsgaranten heraus. **Heterogenität geht vor Homogenität.** In jüngstem Alter wird die ‚Bildungskarriere‘ maßgeblich entschieden, Brüche in der Bildungsbiographie verursacht, während zudem Übergänge von der einen zur anderen Institution auch nicht immer reibungslos funktionieren.

*„Gerade mal zehn Jahre sind die Kinder alt, schon wird eine Weiche fürs ganze Leben gestellt. Wer das falsche Los zieht und in der Hauptschule landet, für den bleiben viele Türen endgültig verschlossen. Ein schneller, harter Schnitt, der Entwicklungen kappt, die noch gar nicht richtig begonnen haben“ (Bericht des Zukunftsrates NRW – „NRW 2015“)*

Da diese frühe Verteilung auf die unterschiedlichen Bildungsgänge eine ‚soziale Segregation‘ zur Folge hat, lehnen die JUSOS diese Beibehaltung ab. Langfristig möchten wir die **Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems** und damit eine **möglichst lange gemeinsame Lernzeit** in einer **Gemeinschaftsschule**, ohne frühzeitige, soziale Selektierung auf drei Schulformen bereits im Alter von zehn Jahren.

So fordern die Mülheimer JUSOS eine **„Neue Schule“**, die die Grundschule mit der weiterführenden Schule vereinigt, die auf eine heterogen zusammengesetzte Schülerschaft zielt, da heutige Homogenität den Schülern die Erfahrung gesellschaftlicher Vielfalt teils vorenthalte. Brüchige Übergänge sollen damit vermieden und soziale Trennungen verhindert werden.

„Die Schule für Alle ist etwas Neues, sie verlangt nicht nur ein anderes Bildungsverständnis, sondern auch eine andere organisatorische Struktur. Das dreigliedrige Schulsystem wird durch den neuen Schultyp ersetzt. Und zwar für die gesamte Pflichtschulzeit, von der ersten bis zur zehnten Klassenstufe. Man muss sie wollen, ganz oder gar nicht. Scheibchenweise ist sie nicht zu haben.“ (Bericht des Zukunftsrates NRW – „NRW 2015“)

Gezielt werden muss auf eine **Gemeinschaftsschule der Individualisierung**, die alle Kinder und Jugendlichen nach den individuellen Möglichkeiten und Fertigkeiten fördert und soziales wie demokratisches Zusammenleben einübt. Die Schulen müssen somit mehr sein als bloße Vermittlungsanstalten für Schulwissen. Derzeit erreichen die Schulen ihre Schüler nicht in ausreichendem Maße. Sie sollten vorrangig dafür sorgen, dass den Kindern und Heranwachsenden die ursprüngliche Freude am Lernen nicht ausgeht - Frontalunterricht z.B. schreckt die Schüler eher ab, Projektarbeit, Einzelarbeit und Freiarbeit sorgen dagegen für Anreize zur Mitarbeit. Weiterhin sollten die Schulen darum bemüht sein, dass die Jugendlichen mit Zuversicht und Selbstvertrauen auf ihr Leben schauen und nicht nach Beendigung der Schule alleingelassen ins Leben treten. Deswegen müssen die Schulen statt Handeln im Elfenbeinturm, wie es der renommierte Erziehungswissenschaftler Hartmut von Hentig ausgedrückt hat, *„vorbereiten auf die Welt, wie sie ist, ohne die Kinder und Jugendlichen der Welt zu unterwerfen, wie sie ist.“*

Die ‚Neue Schule‘ soll wirksamer darauf hinarbeiten, gereifte Persönlichkeiten auszubilden und demokratisches Denken und Handeln einzuüben, die Verantwortungsübernahme zu stärken und Verantwortungsabwehr abzubauen. Eine Lernkultur ist erforderlich, die in einem individualisierenden Unterricht der Heterogenität der Schülerinnen und Schülern gerecht wird, sie diese fördert und zu Mündigkeit, Verantwortung und Teamwork heranführt. Das übliche Notensystem verstehen die JUSOS in diesem Zusammenhang eher als Begünstigung eines Konkurrenzdenkens. Stattdessen sollen Gutachten als individualisierendes Beurteilungssystem, sogenannte **individuelle ‚Lern- und Abschlussprofile‘** aufgebaut werden, die den Schülern in qualitativer Art und Weise den Leistungsstand mitteilen und eindeutig aussagekräftiger sind als Noten. Erst ab dem 9. Schuljahr sollen Noten für die Schülerinnen und Schüler eine zusätzliche Bewertungsgrundlage darstellen.

### **Besser ganztags**

Wir JUSOS möchten die Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen heute und in Zukunft verbessern. Dazu gehört für uns, durch die **flächendeckende Einführung der Ganztagsgrundschule** sozialen Ungleichheiten entgegenzuwirken und allen Kindern gleichermaßen qualitativ hochwertige Bildung, Erziehung und Betreuung anzubieten. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders für Alleinerziehende sind ganztägige Betreuungsangebote, deren Öffnungszeiten an den gängigen Arbeitszeiten orientieren, unerlässlich. Die Betreuung durch die offene Ganztagsgrundschule ist jedoch nur ein Baustein, der mittelfristig durch verlässliche Angebote sowohl für jüngere als auch für ältere Kinder ergänzt werden muss. Auch in der Sekundarstufe I ist die Ganztagschule einzuführen. Wir JUSOS fordern langfristig eine Zusammenführung von Schule und Jugendhilfe in der Ganztagschule. Die Trennung von Bildung und Erziehung als Arbeitsfelder der Schule und Jugendhilfe ist nicht haltbar, da Bildung und Erziehung einander bedingen und gleichzeitig sowohl im Unterricht als auch in Freizeitangeboten der offenen Kinder- und Jugendarbeit stattfinden können. Bei dieser Zusammenführung ist darauf zu achten, dass die vorhandenen Gebäude des Jugendhilfebereichs genutzt werden, wo es räumlich möglich ist und dass das qualifizierte und erfahrene Personal der Offenen Kinder- und Jugendarbeit die Offene Ganztagsgrundschule mitgestaltet. Durch die Zusammenarbeit eines Lehrers/ einer Lehrerin und beispielsweise eines Sozialpädagogen/ einer Sozialpädagogin soll eine qualitativ

hochwertige Betreuung einer Gruppe gewährleistet werden. Auch möglich ist der Einsatz von Fachkräften aus anderen Bereichen z. B. Logopäden, Physiotherapeuten etc.

Neben Trägern von offener Kinder- und Jugendarbeit sollte ein Netzwerk aus vielfältigsten Trägern und Vereinen angestrebt werden, um alle Schüler an verschiedenste Möglichkeiten der Freizeitgestaltung heranzuführen. Neben Sportvereinen und musikalischen oder anderen künstlerischen Angeboten sollte der verlängerte Schultag genutzt werden, um sowohl Schüler mit besonderem Förderungsbedarf als auch begabte Schüler zu fördern. Eine Vertiefung des Unterrichtsstoffes kann so bereits in der Schulzeit unter der Obhut einer Lehrperson stattfinden, so dass Hausaufgaben generell wegfallen könnten. Die Schülerinnen und Schüler sollten nach einem Acht-Stunden-Tag nicht mehr an die Schule denken müssen.

Im Rahmen des Ausbaus der offenen Ganztagsgrundschule regen wir an, Schülerinnen und Schüler mit sprachlichen Defiziten durch Sprachförderung sowohl in Deutsch als auch in der Muttersprache gezielt zu unterstützen. Bilingualität sollte nicht als Defizit sondern als Chance begriffen werden, denn die Beherrschung der Muttersprache auf hohem Niveau erleichtert das Erlernen der deutschen Sprache.

Die JUSOS fordern die volle Subventionierung des Mittagessens, da selbst ein geringer Preis auf sozial schwache Familien bereits abschreckend wirkt. Kein Kind soll aufgrund dieser Kosten auf das Ganztagsangebot oder das Mittagessen verzichten müssen. Um die Qualität der Ganztagsangebote zu gewährleisten, müssen die Schulen, die sich für die Offene Ganztagsgrundschule bewerben, ein pädagogisches Konzept vorlegen und von den Städten aufgestellte Bedingungen erfüllen. Wir unterstützen diese Vorgehensweise, da eigene Ideen der Schule eingebracht werden können, ein qualitatives Minimum durch den vorhandenen Kriterienkatalog aber gesichert bleibt.

Klassische Jugendzentren verlieren besonders im Hinblick auf die Gestaltung des späten Nachmittags und abends von Kindern und Jugendlichen durch die Einführung der Ganztagschule nicht ihre Berechtigung. Wir sehen im Ausbau der Ganztagschule jedoch die Chance, durch eine Verlagerung der Jugendarbeit in die Schulen eine Verschiebung in die Stadtteile zu erreichen. Zum Beispiel in Form von Schulstationen mit Streetworkern ist ein wohnortnahes Angebot umsetzbar.

### **Grundsteine legen**

In den frühen Jahren der Kindheit werden Grundlagen für soziale Kompetenz, ästhetisches Empfinden sowie für kognitive Fähigkeiten gelegt, ebenso werden Weichen für eine positive Einstellung zum Lernen gestellt. Daher sollte der elementare Bildungssektor den entscheidenden Einstieg in das sog. lebenslange Lernen, ein wesentlich Bildungsgrundsatz der Wissensgesellschaft, bieten.

In der Realität wird aber gerade diesem Bereich in Deutschland die geringste Beachtung beigemessen. Das zeigt sich u. a. in der im europäischen Vergleich geringen Nutzung der Förderung in Kindertagesstätten, der allgemeinen Gebührenpflichtigkeit des Kindergartenbesuches, einer allgemeinen Geringschätzung der Arbeit von ErzieherInnen und der ungleichen Ressourcenverteilung zu Lasten der Kindergärten im Bildungswesen. Der Primärbereich, ähnlich wie die Sekundarstufe I und II, liegt bei den Ausgaben darüber hinaus unter dem OECD-Schnitt. Obwohl dem Kindergarten ein eigenständiger, ganzheitlicher Bildungsauftrag zukommt, ist die Umsetzung desselben eher dem Engagement einzelner ErzieherInnen überlassen. Der Großteil der Kindergärten gleicht eher einer Betreuungseinrichtung als einer Förderungs- und Bildungsstätte.

Wir fordern daher eine stärkere Mittelzuteilung in den Primarbereich und eine Präzisierung des Bildungsauftrags, womit auch die Entwicklung von verbindlichen Zielen und eine systematische Evaluierung der pädagogischen Arbeit der ErzieherInnen einhergehen.

Es muss eine grundlegende Umorientierung der Bildungsziele im Kindergarten stattfinden, so sollten neben erfahrungspädagogischen Inhalten, physischer Entwicklung und sozialen Umgangsformen auch der künstlerische, mathematisch-naturwissenschaftliche und sprachliche Bereich verstärkt im Bildungskanon berücksichtigt werden. Allerdings sollen Lernprozesse keinesfalls in schulischen Schemata stattfinden, vielmehr müssen Kinder unbewusst durch spielerisches und Projekt bezogenes Lernen an diese Bildungsinhalte herangeführt werden. Vor allem das letzte Jahr im Kindergarten muss in Hinblick auf die nahende Grundschulzeit zu einem Vorbereitungsjahr, einer Art *obligatorischer Vorschule*, umgestaltet werden, um für jedes Kind die gleichen Startbedingungen für den Einstieg in Schule und späteres Leben zu gewährleisten. Dabei sollten ErzieherInnen schwerpunktmäßig sprachliche Kompetenzen fördern, um sprachliche Defizite vor Eintritt in die Grundschule zu beheben. In diesem Sinne müssen bereits hier Sprachfähigkeit und Leistungswille gefördert werden, damit Kinder aus sozial schwachen Elternhäusern die Chance und den Ehrgeiz haben aufzusteigen. Insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund haben in der späteren Laufbahn aufgrund von mangelnden Deutschkenntnissen erhebliche Nachteile. Daher ist es schon aus Gründen der Chancengleichheit unerlässlich diese Defizite früh zu erkennen und zu beheben. Wir fordern daher eine insbesondere für diese Gruppen intensive Maßnahmen zur Förderung der Sprachkompetenz bereits im Elementarbereich. Im Vorbereitungsjahr sollte auch ein Austausch zwischen Kindergarten und Grundschule stattfinden, so können ErzieherInnen über eventuelle Schwächen und Begabungen der zukünftigen Schüler informieren und sich zusammen mit den Lehrkräften über mögliche Fördermaßnahmen beraten.

Die Umsetzung dieser Vorschläge setzt ein wesentlich besseres Betreuungsverhältnis voraus als es zurzeit in Kindertagesstätten besteht. Deshalb fordern wir mehr Stellen für ErzieherInnen pro Kindergarten, zudem muss der *Besuch eines Kindergartens am Vormittag im Alter von 3-6 Jahren in Zukunft verpflichtend und kostenfrei sein*, auch um dort obligatorisch bereits die Sprachkenntnisse zu fördern.

Die neue Ordnung des Elementarbereichs in unserem Sinne stellt erhöhte Anforderungen an die ErzieherInnen, aus diesem Grund betrachten wir eine verbesserte Ausbildung derselben als notwendig. Die Tatsache, dass in Deutschland ausgebildete ErzieherInnen in vielen europäischen Ländern nicht die gewünschte Qualifikation mitbringen und folglich nicht in ihrem Bereich arbeiten können, zeigt den Erneuerungsbedarf der Ausbildung. Neben dem bereits bestehenden pädagogischen Anteil der Ausbildung sollten fachbezogene und didaktische Elemente als Schwerpunkte vermittelt werden, wissenschaftliche Erkenntnisse müssen auch in die Ausbildung für den Elementarbereich einbezogen werden, insbesondere die Diagnosefähigkeit zukünftiger ErzieherInnen muss geschult werden. Aufstiegschancen und Fortbildungsangebote würden die Attraktivität dieses Berufes erheblich steigern und langfristig die Qualität der Elementarbildung sichern.

### Hochschulen

*Bildung ist die wesentliche soziale Frage im 21. Jahrhundert.* Die Anforderungen an junge Menschen und deren Bildungsbiografie steigen stetig an. Entscheidend für die Realisierung von Chancengleichheit, bzw. zumindest einer Annäherung daran, sind qualitativ hochwertige, *flächendeckende und kostenlose vorschulische Betreuung* vom frühen Kindesalter an, und nicht-gegliederte Primar- und Sekundarstufen, in denen Schulen und Lehrer administrativ, finanziell und pädagogisch darauf vorbereitet sind, auf Kinder unterschiedlicher sozialer

Herkunft einzugehen. Auch die duale Ausbildung und die Hochschulen müssen in diesem Kontext genannt werden. Der Staat hat hier eine zentrale Aufgabe zu erfüllen und darf diese nicht an den privaten Sektor abgeben.

Die JUSOS fordern die Erhöhung der Mittel des Bildungshaushaltes, für die Hochschulen eine zukunftsfähige Ausstattung und freien Hochschulzugang, um den gestiegenen Anforderungen und vergleichenden Bildungsstudien gerecht zu werden. Denn eines ist erschreckend: Nur 20,6% eines Altersjahrganges schließen in Deutschland derzeit ein Studium ab, der OECD-Schnitt liegt bei 36,8%. Deutschland bildet nur etwa halb so viele Natur- und Ingenieurwissenschaftler aus wie Großbritannien oder Frankreich. Noch aussagekräftiger sind die längerfristigen Trends: Zwischen den Jahren 1995 und 2004 stieg die Zahl der Studierenden in Deutschland bloß um acht, im OECD-Durchschnitt hingegen um 49%. Die bildungspolitische Aufgabe muss darin bestehen, die Zahl der Studierenden zu heben, nicht sie zu senken. Studiengebühren als Mittel der Bildungsfinanzierung lehnen wir JUSOS daher ab! Gebühren stellen eine Hürde auf dem Weg zum Hochschulabschluss dar und verhindern Chancengleichheit im Bildungssystem. Sie schaden dem Bildungsland Deutschland und den Zukunftschancen junger Menschen. **Studiengebühren vergrößern die soziale Auslese** und verschärfen das **Problem fehlender AkademikerInnen**, denn sie halten junge Leute mit ärmeren Eltern vom Studium ab. Studienanfänger aus Arbeiterfamilien sind allgemein unterrepräsentiert, die meisten Studenten stammen aus Beamten- und Angestelltenfamilien. So begannen laut 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes 2003 nur 12% der jungen Menschen aus einkommensschwachen Familien ein Studium, hingegen  $\frac{4}{5}$  aus einkommensstarken Haushalten.

Es greift also nach wie vor das traditionelle Muster der familiären Herkunft. Zu beobachten ist eine Entwicklung, die man:

*„Refeudalisierung der Gesellschaft nennen könnte: eine Gesellschaft, in der Reichtum ebenso wie Armut innerhalb abgegrenzter sozialer Gruppen ‚vererbt‘ werden, und zwar nicht nur durch die Weitergabe bzw. das Fehlen von materiellen Gütern, sondern – sozialisatorisch weit früher und tiefgreifender – insbesondere durch die soziale Determination von Bildungs- und Aufstiegschancen. So sind heute die Chancen eines Kindes aus einem Elternhaus mit hohem sozialen Status mehr als siebenmal größer, ein Studium aufzunehmen, als die eines Arbeiterkindes“ (Rainer Forst).*

Dabei bräuchte Deutschland mehr Studenten – und zwar nicht unbedingt wohlhabende, sondern vor allem kluge. Deshalb geht der Schritt ins bezahlte Studium in die falsche Richtung. Schon heute kann Deutschland den Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften kaum decken. So sind nach Einführung der Studiengebühren die Anfängerzahlen, bspw. in NRW um mehr als 5%, eingebrochen. Für mehr Bildungschancen in Deutschland brauchen wir das Studiengebührenverbot und eine hinreichende öffentliche Ausbildungsförderung!

### **Qualität flächendeckend**

Die Diskussion über Elite- bzw. Exzellenzuniversitäten halten wir für fehlgeleitet und lehnen sie daher grundsätzlich ab. Nicht das Fehlen von Eliteuniversitäten ist das Problem der deutschen Hochschullandschaft, sondern das Fehlen verlässlicher Qualitätsstandards an den Hochschulen. Einige wenige Eliteuniversitäten werden dieses Problem nicht lösen - jede OECD- und Pisa-Studie belegt nämlich aufs Neue, dass das Konzept Breitenförderung und nicht das Konzept Elitenförderung zu wissenschaftlicher Qualität führt. Unsere Forderung daher: **Breitenförderung statt Elitenförderung!** Ansatz einer sozialdemokratischen Hochschulpolitik muss sein, für gleiche Studienbedingungen und –qualität an allen Hochschulen zu sorgen. Zudem läuft die Idee der Eliteuniversitäten unserer Vorstellung von

Bildungsgerechtigkeit entgegen. Eliteunis werden letztlich nur zu einer Zwei-Klassen-Bildung führen. Unsere tiefe Überzeugung ist, dass es eben nicht wichtig sein darf, wo jemand studiert.

Die mit dem prestigeträchtigen Etikett „Elite-Universität“ bedachten Hochschulen in München und Karlsruhe werden in der Exzellenzförderung einige wenige ‚Elite-Unis‘ herangezogen, die sich wesentlich durch naturwissenschaftliche Prägung auszeichnen. Die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften beispielsweise, gerne als ewiggestrig und unprofitabel abgetan, verlieren immer mehr an Boden. Dies bringt die Qualität des Bildungsangebots in Deutschland aber nicht voran. Stattdessen muss es Ziel sein, die Qualität der bestehenden Hochschullandschaft zu optimieren und hier Spitzenleistung zu fördern. ***Ein möglichst breites Bildungsangebot an qualitativ hochwertigen Universitäten ist notwendig, nicht aber einige abgehobene Kadenschmieden für wenige.*** Anstatt Haushaltsmittel in fehlgeleitete Ideen und Projekte zu investieren, wollen wir, dass alle deutschen Universitäten nach dem gleichen Prinzip gefördert werden. Die heutigen Schwierigkeiten der Hochschulen resultieren aus einem jahrelangen Investitionsstau. Wir fordern deshalb, dass eine Bildungs- und Innovationsoffensive die Auflösung dieses Staus zum Ziel haben muss. Statt ein Konzept künstlicher Eliteunis zu verfolgen, muss es den Universitäten möglich sein, ihr Profil zu schärfen, die Studienbedingungen nachhaltig zu verbessern und sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen, um im nationalen sowie internationalen Bildungswettbewerb zu bestehen. Nur so werden wir dem langfristigen Ziel international konkurrenzfähiger Universitäten näher kommen.

## 2.6 INTEGRATIONSPOLITIK UND BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

### Integrationspolitik

*„Es geht um die richtige Mitte zwischen der nötigen Forderung nach Integrationsbereitschaft der Zuwandererbevolkerung, klarer politischer und rechtlicher Rahmensetzung und der Bereitschaft der Mehrheitsgesellschaft zum Erlernen des Umgangs mit kultureller Differenz bzw. kultureller Vielfalt.“*

(Klaus J. Bade)

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Auch schon bevor zuerst die rot-grüne Regierung dies 1998 anerkannt hat. Menschen mit „*Migrationshintergrund*“ machen laut Mikrozensus 2005 des Statistischen Bundesamtes mittlerweile 19% der Bevölkerung, also mehr als 15 Millionen Menschen, aus. Ungefähr 3,5 Millionen Muslime leben in Deutschland, meist schon viele Jahre. Sie stellen die größte Gruppe der Zugewanderten. Diese Einwanderer sind Gewinn und keine Gefahr. Doch wie kann man die Integration menschlich gestalten und zum Erfolg führen?

Die bisherige Bilanz der bisherigen Integrationsarbeit fällt – in den PISA Studien belegt – beschämend aus: Die Verknüpfung von Bildung und Integration wurde sträflich vernachlässigt. Mittlerweile ist klar geworden: ***Bildung ist der Schlüssel zur Integration!*** Bildung lässt sich verstehen als ***präventive Sozialpolitik***.

Viele jugendliche Migranten sind Schulabbrecher, erlangen keine formalen Qualifikationen oder sind arbeitslos. Sie sind die großen Verlierer unseres Bildungssystems. Kinder mit Migrationshintergrund gehören in Deutschland überproportional häufig zu dieser Risikogruppe schlechter Schulleistungen. So tragen sie das doppelte Risiko, an eine Sonderschule verwiesen zu werden - Tendenz steigend. Dies weisen neuere Studien der Münchener Soziologin Heike Diefenbach und des Heidelberger Sonderpädagogen Reimer Kornmann nach. Und wer einmal auf einer Sonderschule gelandet ist, hat kaum noch Chancen auf Arbeit und sozialen Aufstieg.

Immigrantenkinder hinken in der Schule den Leistungen deutscher Jugendlicher teils zwei Jahre hinterher. Jeder fünfte Migrant verlässt die Schule ohne Abschluss. Der SPD-Europaabgeordnete Vural Öger bezeichnet das - etwas zugespitzt - als „*Form schulischer Apartheid-Politik*“.

Die Zahl der Auszubildenden ausländischer Herkunft sinkt seit Jahren (41% haben keinen beruflichen Bildungsabschluss. Ihr Anteil an allen Azubis halbierte sich in den letzten elf Jahren auf 4,4%). Und nur 8% junger Menschen mit ausländischen Wurzeln studieren an deutschen Hochschulen.

Darüber hinaus wird von Seiten der Medien und auch von Teilen der Politik oftmals einseitig berichtet, öffentlich hysterisch reagiert, populistisch dramatisiert, skandalisiert oder übertrieben. Vielmehr ist ein offener, nüchterner Blick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit der entscheidende Ansatzpunkt des Handelns. Aber es ist

*„offenbar leichter, sensationelle Ausnahmesituationen zu beschreiben als die unauffälligen, aber erfolgreichen Normlagen der Integration und deren komplexe Eigendynamik zu analysieren. Das Geheimnis der gelungenen Integration liegt aber gerade darin, dass sie unauffällig bleibt.“* (Klaus J. Bade)

Was heißt Integration nun für uns JUSOS? Gerechte und soziale Integration ist die Summe aus der Anerkennung der Menschen, ihrer Probleme, der Akzeptanz des Wertes- und Rechtssystems der deutschen Gesellschaft und der Schaffung partizipativer Strukturen.

Integration ist damit die aktive Einbindung und Inklusion in die deutsche Gesellschaft, die rechtliche, politische und soziale Gleichstellung und die Fähigkeit/Bereitschaft des Zusammenlebens von Migranten in der deutschen Gesellschaft bei Beibehaltung der eigenen kulturellen Identität. Sich in anderen Kulturen zu bewegen heißt damit nicht, dass man seine eigene Identität, Religion oder Kultur über Bord wirft.

Dabei müssen wir aber zugleich von allen, die in Deutschland leben möchten, ein klares Bekenntnis zu unserer Grundordnung verlangen! Anhand eines verhaltenen „*Verfassungspatriotismus*“ (Dolf Sternberger) gründet unser Integrationskonzept auf dem **Fundamental- und Basiskonsens in zentralen Werten und Normen**. Zu diesen gehört als höchster Wert, neben den nachfolgenden Wertvorgaben des Grundgesetzes, die unantastbare Würde des Menschen, die im Grundgesetzartikel 1 fest verankert ist. Alle Akteure müssen die kodifizierten politischen Freiheits- und individuellen Bürger- und Menschenrechte bejahen und den Wertekonsens bei Alltagstoleranz, Gewaltfreiheit, Frieden, Solidarität und Menschlichkeit teilen.

Die Zuwanderer müssen ihren Teil einbringen und diesen Katalog an Grundwerten (Rechtsstaat, Demokratie, Gleichberechtigung, Toleranz, Chancengleichheit) akzeptieren. Nur durch diesen Wertekonsens und die allgemeingültigen Spielregeln des Zusammenlebens entsteht die **friedfertige Gesellschaft**, die wir alle wollen. Patriarchalische Unterdrückungen von Frauen, Ehrenmorde, Zwangsheiraten, Antisemitismus und radikal-islamistisches Gedankengut sind nicht tolerierbar! Unsere sozialdemokratischen Prinzipien gründen sich auf Friedfertigkeit, Vernunft und Gewaltlosigkeit. **Toleranz muss zwangsläufig da enden, wo die gemeinsamen Grundlagen des Zusammenlebens untergraben werden sollen.**

Wir wollen bestehende „*ethnische Kolonien*“ (Friedrich Heckmann), Ghettos und „Parallelgesellschaften“ abbauen und die Entstehung Weiterer verhindern. Sie sind Ausdruck einer fragmentierten Gesellschaft, die sich dabei nicht mehr durch den übergeordneten Werte- und Normenkonsens auszeichnen: sie sind ein Ausgangspunkt für mögliche Entwicklungen hin zu dauerhaften Spaltungsstrukturen und Konfliktlinien (*cleavages*) in der Gemeinschaft, in der eine Entwurzelung des Menschen spürbar wird.

Wenn wir es schaffen diese Ausgegrenzten wieder integriert zu bekommen und die Prinzipien des gemeinschaftlichen Zusammenlebens im Gesamtalltag zu verankern, können die genannten Restriktionen von Integration erheblich gemildert werden und in Chancen und Integrationsressourcen umschlagen.

Beim Internalisieren dieser Wertvorstellungen als integrativer Kraft unseres politischen Systems bereichert dann eine geglückte Integration die kulturelle Vielfalt und fördert ein friedliches Zusammenleben. Die Einwanderer und Zugezogenen sind ein Teil unserer Gesellschaft. Sie bereichern nicht nur unser öffentliches und kulturelles Leben, die Einwanderung ist auch demografisch in großem Umfang dringend geboten und muss durch ein modernes und sozial abgewogenes Zuwanderungsrecht abgesichert werden.

In Deutschland leben mehr als 15 Millionen Migranten. Ohne sie wäre bereits heute die Bevölkerung deutlich gesunken. So ist die Integration von Migranten ist schon deshalb notwendig, um die wachsende Zahl der nichterwerbsfähigen Bevölkerung zu finanzieren und das Sozialsystem zu erhalten. Nach einer neuen Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der

Arbeit (IZA) bringen die Ausländer den Sozialkassen zusätzliche Einnahmen von 12,8 Milliarden Euro.

*„Migranten zahlen Steuern, sie stützen die sozialen Sicherungssysteme und entschärfen die demographische Entwicklung, sprich: Sie verjüngen die Gesellschaft. Anfang der 90er waren etwa 12 % der Menschen zwischen 20 und 40 [beispielsweise in Nordrhein-Westfalen] Zuwanderer, im Jahr 2010 werden es fast 32 % sein; in den Städten ist dieser Prozentsatz noch einmal signifikant höher, fast jeder zweite junge Mensch wird dort ein Zuwanderer sein.“ (Bericht des Zukunftsrates NRW – „NRW 2015“)*

Erfolgreiche Integration bedarf eines gesellschaftlichen Klimas, das Zuwanderung und Integration als Chance für Deutschland und für die Zuwanderer versteht. Von der deutschen Gesellschaft und der Politik ist zu erwarten, dass sie den Zuwanderern die Integration auch ermöglicht, dass z.B. Deutschkurse angeboten werden, wo sie gebraucht werden. **Wir fordern frühkindliche Sprachförderung, d.h. Deutschkurse in den Kindergärten.** So ist anzustreben, dass **jedes Kind beim Schuleintritt Deutsch spricht.** Wer sich diesen **zu verpflichtenden anbietenden Kursen** verweigert, schlägt die angebotenen Chancen der Integration mutwillig aus. Dies kann nicht ohne Androhung von Sanktionen folgenlos bleiben. Ohnehin ist es schon heute der Fall, Sozialleistungen zu beschneiden, wenn Integrationskurse nicht wahrgenommen werden.

Wir müssen uns besonders um die Migrantenkinder kümmern, um in deren Interesse ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Ein ganz zentraler Beitrag zur Chancengerechtigkeit ist damit im Bereich der Sprachförderung vonnöten – **Kern der Integration ist die Sprache.** Ohne deutsche Sprachkenntnisse und damit verbunden ohne eine Berufsausbildung haben Migrantenkinder keine Chance auf einen eigenständigen Platz in unserer Gesellschaft:

*„Wenn rund 80 % der Kinder und Jugendlichen in einzelnen Kindertagesstätten und Schulen nicht deutsch, sondern andere Sprachen sprechen, bleibt die Landessprache dauerhaft fremd. Die Bildungseinrichtungen sind überfordert, bei den Migranten sinkt die Bereitschaft, Deutsch zu lernen. In Großstädten wie Köln verfügen etwa 8 % der deutschen Jugendlichen über keine abgeschlossene Berufsausbildung; bei der größten ethnischen Gruppe, den Türken, sind es 40 % – keine guten Startbedingungen! Dabei sind es gerade die jungen Menschen, die der Arbeitsmarkt in Zukunft braucht“ (Bericht des Zukunftsrates NRW – „NRW 2015“)*

Bei der Bildungsförderung der Migrantenkinder dürfen wir aber trotz der Sprachprobleme keineswegs die vorhandenen intellektuellen Fähigkeiten der Kinder untergraben. Denn sie sind oftmals unterfordert, wie eine neue Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) zeigt. Da zu wenig von ihnen erwartet wird, lernen sie automatisch schlechter. Wir dürfen daher die Messlatte bei ihnen nicht von Beginn an zu niedrig legen, sondern sie zu ‚mehr‘ anspornen.

Wir begrüßen zudem die Bemühungen, institutionalisierte Formen neben die tagtägliche Integrationsarbeit zu stellen bzw. diese aktiv zu unterstützen. „Islamkonferenzen“ und „nationale Integrationsgipfel“ dürfen aber nicht zu Show-Veranstaltungen verkommen, sondern müssen konkret Fragen wie z.B. den Umgang mit dem Tragen von Burkas und Kopftüchern behandeln.

Das Zusammenleben in Deutschland ist bunter geworden. Als JUSOS erwarten wir, dass die Politik und die Gesellschaft diese Heterogenität – diese **Kultur der Differenz** – anerkennt und die Zuwanderer – auch in ihrer Fremdheit – akzeptiert und sie willkommen heißt. Wir verurteilen jegliche Diskriminierung und Ausgrenzung und wünschen uns ein solidarisches Miteinander. Unser sozialer Staat fördert die Integrationsprozesse und duldet keine Toleranz für Intoleranz.

## Bürgerschaftliches Engagement

**„Demokratie besteht nicht darin, dass man gelegentlich wählen geht. Demokratie lebt davon, dass wir eine Zivilgesellschaft aufbauen und erhalten, die Eigennutz und Gemeinnutz so ausgleichen, dass wir nicht erfrieren, dass wir auch nicht auf einem Hochofen sitzen, aber dass wir die Wirklichkeit erkennen: Diese Welt ist nicht nur verbesserungsbedürftig, sie ist auch verbesserungsfähig“**  
(Johannes Rau)

Ein sozialer Staat begreift das Ehrenamt und die Freiwilligenarbeit als Chance für eine moderne Zivil- und Bürgergesellschaft. Ein Staat, der seine Steuerungsfähigkeit eingebüßt hat oder zumindest in Gefahr ist, sie einzubüßen, kann sich glücklich schätzen, wenn aktive Bürgerinnen und Bürger sich einbringen und einmischen möchten. Momentan bringen sich rund 23 Millionen Bürger über 14 Jahren für das Allgemeinwohl mit ihren Kompetenzen und Fertigkeiten, ihrer Zeit, ihrer Kraft und ihren Ideen ein und gestalten das Gemeinwesen durch ihre Teilhabe mit. Gerade diese Impulse aus dem nicht profitorientierten Raum müssen aktiv aufgenommen werden.

Die Notwendigkeit und Bedeutung der Förderung aktiver Bürgergesellschaften, in denen Menschen Verantwortung für sich selbst und für andere übernehmen, kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. Die **Etablierung einer sog. ‚Civil society‘**, in der beispielsweise der demografische Wandel als Chance begriffen wird und die Erfahrung und das Wissen der Älteren genutzt wird, hat in einem sozialen Staat der Förderung und vor allem der Anerkennung zu unterliegen. Ziel ist die:

„Entwicklung einer umfassenden Anerkennungskultur, die zu einer nachhaltigen Wertschätzung, Ermutigung und öffentlichen Sichtbarkeit bürgerschaftlichen Engagements beiträgt“ (Bericht Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“).

Mit Maßnahmen zur Aufwertung des Ehrenamtes, können die Aktivitäten engagierter Bürger anerkannt und abgesichert werden und sich eine **‚solidarischen Kultur des Ehrenamtes‘** entwickeln. In diesem Sinne den Gedanken der Solidarität in der Schule stärker zu fördern und die Idee der Freiwilligkeit in die Gesellschaft zu tragen, wäre eine wichtige Aufgabe der Zukunft.

Zukunftsfähiges ehrenamtliches Engagement (das Erwerbsarbeit nicht ersetzen kann und soll) bedarf partizipationsfördernder Bedingungen und sozialer Voraussetzungen. So haben Verantwortliche in Staat und Gesellschaft die Aufgabe, im Sinne sozialetischen Denkens und Handelns Möglichkeiten des Mitgestaltens und Mitbestimmens zu entwickeln. Die JUSOS erwarten kein Rückzug des Staates, sondern im gesellschaftlichen Gefüge muss es zu einer aktiven Unterstützung des Ehrenamtes und der Übernahme von **gesellschaftlicher Verantwortungswahrnehmung** kommen. Die Aufrechterhaltung, der Ausbau und die Weiterentwicklung einer öffentlichen (Netzwerk-)Infrastruktur zur Information und Beratung über Möglichkeiten des freiwilligen Engagements benötigen natürlich eine angemessene finanzielle Förderung:

„Mit wohlfeilen Appellen und rituellen Beschwörungsformeln allein wird man die Zivilgesellschaft allerdings nicht fördern können. Das Engagement der Bürger hängt davon ab, wie die Verantwortlichkeiten zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verteilt sind und wie sie sich wechselseitig respektieren“ (Otto Schily)

Wir brauchen mehr staatliche Unterstützung des Ehrenamtes:

- zur Schaffung von optimierten Zugangs- und Einstiegsbedingungen zum Freiwilligenengagement

- zur Förderung der weiteren Entwicklung von Ehrenamts-Börsen und Freiwilligenagenturen
- zur Einbindung der Unternehmen als Akteure in der Bürgergesellschaft, um die "Corporate Citizenship" stärken
- zur Vereinfachung und Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts.

Zusammenfassend wird schnell deutlich, dass alle Akteure, sowohl Staat, Verbände, Unternehmen, als auch die Bürger in diesem Prozess Teile der ‚gemeinsamen Wertschöpfung‘ sind und ihr gemeinsames Handeln dem Allgemeinwohl zugute kommt. Das investierte **‚soziale Kapital‘** schafft in Zeiten ‚leerer Kassen‘ innovative Impulse und sorgt für ein produktives Zusammenspiel von Staat und Zivilgesellschaft.

*„Der ‚ermöglichende Staat‘ sollte dabei nicht nur darauf abzielen, Bürgerinnen und Bürger sowie gesellschaftliche Organisationen von staatlicher Gängelung und bürokratischer Überregulierung zu befreien; er sollte auch die Rahmenbedingungen für eine eigenverantwortliche Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben verbessern. Die Stärkung der Ressourcen und Kompetenzen der kommunalen Ebene stellt dafür eine wichtige Voraussetzung dar. Eine ermöglichende Politik bedeutet auch, Maßnahmen und Strategien der Befähigung derjenigen Gruppen in der Bevölkerung zu entwickeln, die über herkömmliche Verfahren und Beteiligungsformen nicht ausreichend für bürgerschaftliches Engagement angesprochen und motiviert werden“ (Bericht Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“)*

### 3. „Jede Zeit braucht eigene Antworten“ (Willy Brandt)

#### - Fazit -

Es ist nicht abzustreiten: Unsere Gesellschaft ist durch komplizierte Spannungslinien und Ungleichheiten gekennzeichnet. Die Einwirkungen der Globalisierung führen zu fortschreitenden Anpassungsprozessen und verengen den nationalstaatlichen Spielraum vor allem in der Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Ängste vor dem sozialen Abstieg steigen oder es gibt negative Zukunftserwartungen bei Vielen: *„Die soziale Unsicherheit wird zu einem vorherrschenden Lebensgefühl“* (Christoph Butterwegge). Bei heute Ausgegrenzten und ‚Modernisierungsverlierern‘ fehlen die positiven Aussichten auf eine verheißungsvolle Zukunft - vorteilhafte Perspektiven sind dann nicht greifbar. Gerade dieser Zustand mangelhafter gesellschaftlicher Integration, verbunden mit Einsamkeit und Hilflosigkeit (*gesellschaftliche Anomie*), und damit die sozialen Phänomene von gesellschaftlicher Marginalisierungen, sozialer Stigmatisierungen und sozialer Ausgrenzungen (*Exklusion*) müssen schnellstmöglich verhindert werden, denn ein Ignorieren oder Schleifenlassen derselben führt bloß zu ihrer Legitimierung und Verschärfung!

Innerhalb des Sozialstaates Deutschlands sind in den vorangegangenen Kapiteln aktuelle Sachstände aus den Politikfeldern und nötige Reformnotwendigkeiten beschrieben und diskutiert worden. Dabei hat sich folgendes besonders deutlich herausgestellt: Der Sozialstaat ist aus unserer Sicht keineswegs eine überholte Angelegenheit, sondern eine Institution, die es zu schützen gilt. „New Economy“ und die Neoliberalen operieren bloß mit Begriffen wie Flexibilität, Dynamik, Selbstregulierung und propagieren die totale Individualisierung. Wir setzen diesem Aufschwung neoliberalen Denkens soziales und gerechtes Denken entgegen. Dabei muss der Schwerpunkt des Sozialstaats deutschen Modells die **Ausrichtung staatlichen Handelns auf die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit** sein, d.h. ihm kommt

*„nicht nur eine sozialpolitische Verpflichtung des Staates [zu], sondern auch eine Kampfansage gegen das Ausufern des umfassenderen, als freiheitsgefährdend gedeuteten Wohlfahrtsstaat“* (Jens Alber/Christina Behrendt).

Es geht darum, im zukünftigen deutschen Sozialstaatsmodell allen Bürgern eine soziale Integration im Sinne der Teilhabe an der Normalität des gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen, verknüpft mit Anreizen eines aktivierenden Staates:

*„Denn Almosen zu empfangen, entspricht nicht gerade einem Höchstmaß von Würde. Ein zu großzügiger Sozialstaat läuft jedenfalls Gefahr, den ideellen Wert der Würde fast umstandslos auf Materielles zu verkürzen“* (Otfried Höffe).

So lässt sich unser Sozialstaatsprinzip im Sinne des Mottos **„Fördern und Fordern“** fragmentarisch zusammenfassen:

**(Fördern:)** Der Sozialstaat ist jederzeit für die Bedürftigen (Arbeitslose, Arme, Alte, Kranke, Behinderte, Pflegebedürftige und andere Benachteiligte) da, alle sozialen Notlagen müssen vom Staat aufgefangen werden. Ziel muss es sein, den Menschen (wieder) zu befähigen, selbst handeln zu können und seine eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten zu entfalten. So akzeptiert der Sozialstaat auch nicht die indiskutable wachsende Arm-Reich-Kluft, die sich dadurch auszeichnet, dass die Gruppe der Wohlhabenden immer größer wird und parallel dazu die Armut weiter zunimmt. Hierdurch driftet die Gesellschaft auseinander. Es ist **Zeit, das Thema der Umverteilung materieller Ressourcen wieder auf die Agenda zu setzen!**

**(Fordern:)** Da der Staat haushaltspolitisch nicht alle Lebenslagen sponsern kann, kommt ihm eine wichtige Aufgabe zu: neben der Übernahme der sozialstaatlichen Gewährleistungsverantwortung das aktivierende Element, die Eigenverantwortung des Einzelnen zu erhöhen. Eine Gabe – eine Gegengabe. Eine reine Fürsorge, bloße Almosen und eine Überzahl an staatlichen Transferleistungen sind nicht mit sozialer Gerechtigkeit vereinbar und zudem nicht finanzierbar:

„Eine zukunfts offene Gerechtigkeit trägt für Bedingungen realer Freiheit Sorge; im Gegensatz zu einem maternalistischen Fürsorgestaat sucht sie aber, wo immer möglich, die Eigenverantwortung der Bürger zu stärken“ (Otfried Höffe).

Nötig ist ein Umdenken hin zu einem **vorsorgenden Sozialstaat**, der in die Fähigkeiten der Menschen investiert, damit viele Probleme gar nicht erst entstehen. Soziale Leistungen sollten massiv daraufhin überprüft werden, ob sie so wirken. Aber wir brauchen einen zupackenden und aktivierenden Staat, der nicht nur den materiellen, „*sondern auch den sozialen und kulturellen Aspekten der Deklassierung entgegenwirkt.*“ (Tobias Dürr). Die Aufgabe des sozialen Staat bleibt es, bestimmte Standards zu bewahren, dass ein menschenwürdiges Leben möglich bleibt, soziale Bürgerrechte und der soziale Zusammenhalt gewahrt bleiben und dem Einzelne ein freies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht wird.

Für die Mülheimer JUSOS ist gerade dieser soziale Aspekt zentral. Die einzelnen Politikfelder müssen sich stets am Leitstern sozialer Gerechtigkeit orientieren, zu der wir die Chancengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen. Für das neue Grundsatzprogramm muss ganz klar herausgearbeitet werden, was auch Kurt Beck zuletzt betont hat: „*Ohne vernünftige Verteilungsgerechtigkeit, ohne eine vernünftige materielle Grundlage für die Menschen kann es letztendlich auch keine Chancengleichheit geben.*“

**„Die Zukunft ist offen. Sie ist kein unentrinnbares Schicksal und kein Verhängnis. Sie kommt nicht einfach über uns. Wir können sie gestalten - mit dem, was wir tun und mit dem, was wir nicht tun.“**

(Johannes Rau)

- ⇒ **Wie kann in Zeiten ökonomischer Knappheit unser Staat noch sozial reformiert und organisiert werden?**
- ⇒ **Wie muss der Staat wirken, damit er sozial genannt werden kann?**
- ⇒ **Was muss ein Staat leisten damit er ein sozialer Staat ist?**

Diese drei Fragen galt es zu beantworten. Wir haben aufgezeigt, dass ‚sozial‘ aus unserer Sicht in allen Politikfelder durchgängige soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Chancengerechtigkeit bedeutet. Als unsozial wurden beispielsweise identifiziert,

- dass in unserer Gesellschaft eine erhebliche Zahl von Personen gefangen in ihren sozialen Lagen verharrt, ohne Möglichkeiten wieder aus dem Armutsbereich herauszufinden
- dass Armut früheres Sterben bedeutet
- dass Bildungszugänge abhängig von Schichtzugehörigkeiten sind.

Wir haben deutlich gemacht, dass Reformen unserer sozialen Sicherungssysteme notwendig und erforderlich sind. Wir wollen, dass die SPD die sozialen Reformschritte begleitet und einen **Ausgleich zwischen Reformnotwendigkeit, sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Nachhaltigkeit gegenüber zukünftigen Generationen** findet

Jede zukünftige Reform muss sich an den Eckpunkten der sozialen Ausgewogenheit, den Auswirkungen für die zukünftigen Generationen und den Erfordernissen der wirtschaftlichen

Leistungsfähigkeit festmachen. Zwischen diesen drei Eckpunkten ist eine stetiger Ausgleich zu suchen. Einen Wegfall des Schutzes sozialer Leistungen für die ältere Generation lehnen wir genauso ab wie die Überforderung der jungen Generation.

Grundsätzlich müssen die sozialen Sicherungssysteme auf eine breitere Basis gestellt werden. Sämtliche Einkommensarten müssen zur Finanzierung herangezogen werden. Deshalb ist es vorzugswürdig, die sozialen Sicherungssysteme in Zukunft über Steuern zu finanzieren. Dabei muss aber gewährleistet werden, dass auch Steuereinnahmen aus Kapitel- und Vermögenserträgen sowie aus Gewinnerträgen aus unternehmerischer Betätigung in verstärktem Umfang zur Finanzierung mit herangezogen werden. Eine Fixierung ausschließlich auf die Lohnhöhe, die eine proportionale Verteuerung des Faktors Arbeit verursacht, ist für den Arbeitsmarkt kontraproduktiv.

Auch in Zukunft müssen sämtliche Risiken, die der einzelne nicht oder nur mit unverhältnismäßigen Aufwand schultern kann, von den sozialen Sicherungssystemen erfasst werden. Den Rückzug von einzelnen Feldern der sozialen Sicherung, z.B. im Gesundheitssystem beim Zahnersatz oder beim Krankengeld, lehnen wir ab. Altersbedingte Leistungsausschlüsse, wie sie der Vorsitzende der Jungen Union und einige Wissenschaftler gefordert haben, sind menschenverachtend und abzulehnen. **Der Sozialstaat darf nicht auf eine bloße Reservefunktion reduziert werden.**

Jede Reformen müssen auch die Leistungsfähigkeit des Einzelnen berücksichtigen. Kostenbeteiligungen, Selbstbehalte oder private Zusatzabsicherung sind nur dann vertretbar, wenn sie sich nach dem Einkommen der Betroffenen richten und Ausnahmen für diejenigen vorsehen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage dies nicht oder nur unter großen Einschränkungen leisten können. Dies gilt insbesondere für Familien mit Kindern, die nicht überdurchschnittlich belastet werden dürfen.

Ein sozialer Staat ist für Mülheimer JUSOS ein Sozialstaat, der sich sozial erneuert und nicht starr bleibt. Erneuerung braucht sozialen Fortschritt. Sozialer Fortschritt und Modernisierung brauchen soziales Augenmaß - einen **sozialdemokratischen Kompass**, der die Richtung vorgibt. Diese soziale Aufmerksamkeit beschreiben wir als **soziale Verantwortungspolitik**:

- Verantwortungsübernahme für soziale Gerechtigkeit als Richtschnur politischen Handelns
- Verantwortungsübernahme dafür, dass die soziale Teilhabegesellschaft nicht weiter beschnitten wird
- Verantwortungsübernahme dafür, dass die Heranwachsenden von heute auch künftig einen hoch entwickelten Sozialstaat mit angemessenem Maß an sozialer Sicherheit vorfinden.

Die Mülheimer JUSOS sprechen sich gegen die Kurzfristigkeit in der Politik aus und fordern stattdessen eine **Politiknachhaltigkeit** – also eine Politik, die über den Wahltermin hinausdenkt und Verantwortung über eine Amtszeit hinaus übernimmt. Der Mut muss zudem dazukommen, politisch unbequeme Reformauswirkungen offen anzusprechen und vor diesem Hintergrund mögliche Chancen aber auch Risiken von Reformen abzuwägen. Wenn überdies die Kluft zwischen tagespolitischem Handeln und neuer Grundsatzprogrammatik überbrückt werden und unser **Leitbild sozialer Staat** als Ziel sozialdemokratischen Handelns gesetzt wird, bleibt der Sozialstaat handlungsfähig und der sozialen Gerechtigkeit verschrieben und die Sozialdemokratie zu Recht die **Partei der sozialen Kompetenz**.